Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/4631

10. 01. 86

Sachgebiet 3

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zum Europäischen Übereinkommen vom 16. Mai 1972 über Staatenimmunität

A. Zielsetzung

Das Europäische Übereinkommen über Staatenimmunität regelt für die Mitgliedstaaten des Europarats, in welchem Ausmaß ein Vertragsstaat Immunität von der Gerichtsbarkeit eines anderen Vertragsstaates genießt.

B. Lösung

Das Übereinkommen folgt der in der Bundesrepublik Deutschland von Rechtslehre und Rechtsprechung anerkannten Auffassung von der relativen Staatenimmunität und legt diejenigen Fälle fest, in denen sich ein Vertragsstaat vor den Gerichten eines anderen Vertragsstaates nicht auf seine Immunität berufen kann. Kommt ein Vertragsstaat, der danach keine Immunität beanspruchen konnte, seiner Verpflichtung nicht nach, die gegen ihn ergangene Gerichtsentscheidung zu erfüllen, so sieht das Übereinkommen ein gerichtliches Feststellungsverfahren im verurteilten Staat vor, das die Erfüllung der in der Gerichtsentscheidung ausgesprochenen Verpflichtung sichern soll.

Mit dem vorliegenden Gesetz soll für das gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes ratifizierungsbedürftige Übereinkommen die erforderliche Zustimmung des Bundestages eingeholt werden.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (131) – 451 00 – Üb 55/86 Bonn, den 10. Januar 1986

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zum Europäischen Übereinkommen vom 16. Mai 1972 über Staatenimmunität mit Begründung (Anlage 1) und Vorblatt.

Der Wortlaut des Übereinkommens, der Anlage und des Zusatzprotokolls in englischer und französischer Sprache mit deutscher Übersetzung sowie die Denkschrift zum Zusatzprotokoll sind beigefügt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 551. Sitzung am 24. Mai 1985 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf, wie aus Anlage 2 ersichtlich, Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Kohl

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes zum Europäischen Übereinkommen vom 16. Mai 1972 über Staatenimmunität

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Basel am 16. Mai 1972 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Europäischen Übereinkommen über Staatenimmunität wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Zur Feststellung, ob die Bundesrepublik Deutschland oder ein Bundesland die Entscheidung eines Gerichts eines anderen Vertragsstaates entsprechend Artikel 20 oder einen Vergleich gemäß Artikel 22 des Übereinkommens zu erfüllen hat, ist das Landgericht zuständig, in dessen Bezirk die Bundesregierung ihren Sitz hat.

(2) Die Feststellung ist aufgrund einer Klage im streitigen Verfahren zu treffen.

(3) Die Feststellungsklage kann von der Partei, die aus der ausländischen Gerichtsentscheidung oder dem Vergleich unmittelbar Rechte für sich ableitet, sowie in jedem Fall von der Bundesrepublik Deutschland oder dem von der Entscheidung betroffenen Bundesland erhoben werden.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 36 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung bezieht sich nicht auf das gleichfalls am 16. Mai 1972 unterzeichnete Zusatzprotokoll zu dem Übereinkommen.

Zu Artikel 2

Absatz 1

Erfüllt ein Vertragsstaat eine gegen ihn ergangene Entscheidung oder einen Vergleich nicht, so kann sich die Partei, die sich auf das Urteil oder den Vergleich beruft, gemäß Artikel 21 des Übereinkommens mit einem entsprechenden Feststellungsbegehren an das zuständige Gericht des verurteilten Staates wenden. Gemäß Artikel 21 Abs. 4 des Übereinkommens haben die Vertragsstaaten das Gericht oder die Gerichte zu bezeichnen, die für die Entscheidung über solche Feststellungsbegehren zuständig sind; hiervon ist der Generalsekretär des Europarats zu unterrichten, der seinerseits eine entsprechende Mitteilung an alle Mitgliedstaaten weitergibt (Artikel 41 Buchstabe e). Diese Regelung soll dem mit dem Verfahrensrecht ausländischer Staaten nicht vertrauten Kläger die Einleitung des Feststellungsverfahrens erleichtern. Es ist zweckmäßig, die Zuständigkeit für das Verfahren bei dem Landgericht am Sitz der Bundesregierung zu konzentrieren, da dieses Gericht bereits nach geltendem Recht in weitem Umfang für Klagen gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen Betätigungen im Ausland zuständig ist. In den Feststellungsverfahren werden regelmäßig bedeutsame Rechtsfragen zu entscheiden sein; es bietet sich deshalb an, die Zuständigkeit des Landgerichts am Sitz der Bundesregierung ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes festzulegen. Dies soll der Einfachheit halber auch für Klagen gegen die Länder der Bundesrepublik Deutschland gelten.

Absatz 2

Für das Feststellungsverfahren kommen die Vorschriften der Zivilprozeßordnung mit den sich aus dem Übereinkommen ergebenden Besonderheiten (Artikel 21 Abs. 2 und 3 des Übereinkommens) zur Anwendung.

Das aufgrund des streitigen Verfahrens ergehende Urteil ist kein Vollstreckungsurteil im Sinne des § 723 ZPO. Das Übereinkommen beruht auf dem Gedanken der freiwilligen Erfüllung und sieht keine Zwangsmaßnahmen vor. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz ist in Artikel 26 des Übereinkommens enthalten, der in gewissen Fällen eine Zwangsvollstreckung in das Vermögen eines anderen Vertragsstaates gestattet, wenn der Staat eine entsprechende Erklärung gemäß Artikel

24 abgegeben hat. Inhalt des dem positiven Klageantrag stattgebenden Urteils ist allein die Feststellung, daß der beklagte Staat die gegen ihn ergangene ausländische Entscheidung zu erfüllen habe. Der Ausdruck „erfüllen" ist dabei weit auszulegen und bedeutet nicht notwendigerweise eine Zahlung oder sonstige Vermögensübertragung; er kann auch die Verpflichtung beinhalten, einer Entscheidung zu entsprechen, die eine Rechtslage schafft oder Tatsachen feststellt.

Absatz 3

Nach Artikel 21 Abs. 1 des Übereinkommens kann die Feststellungsklage von der Partei, die sich auf die Entscheidung beruft, erhoben werden. Das Übereinkommen und der erläuternde Bericht dazu definieren nicht näher, was unter dem Begriff der Partei zu verstehen ist. Ihn auf die in der Entscheidung genannten Parteien der gemäß Artikel 20 des Übereinkommens zu erfüllenden Entscheidung zu begrenzen, wäre wegen der Möglichkeit der Rechtsnachfolge zu eng. Absatz 3 räumt die Klagebefugnis deshalb jeder Partei ein, die aus der ausländischen Entscheidung oder dem Vergleich unmittelbar Rechte für sich ableiten kann.

Absatz 3 stellt außerdem klar, daß die Feststellungsklage auch von der unterlegenen Partei (der Bundesrepublik Deutschland oder einem Bundesland) erhoben werden kann. Das Feststellungsinteresse geht in diesem Fall dahin, daß die Bundesrepublik oder das Bundesland aus den Gründen des Artikels 20 Abs. 2 oder Abs. 3 nicht verpflichtet ist, die Entscheidung zu erfüllen.

Zu Artikel 3

Das Übereinkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 36 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Es entsteht kein Mehraufwand dadurch, daß an die Stelle des bisherigen Verfahrens zur Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von ausländischen Titeln, die gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtet sind, nunmehr das Feststeilungsverfahren nach Artikel 21 des Übereinkommens tritt.

Die Ausführung des Gesetzes wird keine Auswirkungen auf Einzelpreise oder auf das Preisniveau haben.

Europäisches Übereinkommen über Staatenimmunität

European Convention on State Immunity

Convention européenne sur l'immunité des Etats

(Übersetzung)

Preamble

The member States of the Council of Europe, signatory hereto,

Considering that the aim of the Council of Europe is to achieve a greater unity between its Members;

Taking into account the fact that there is in international law a tendency to restrict the cases in which a State may claim immunity before foreign courts;

Desiring to establish in their mutual relations common rules relating to the scope of the immunity of one State from the jurisdiction of the courts of another State, and designed to ensure compliance with judgments given against another State;

Considering that the adoption of such rules will tend to advance the work of harmonisation undertaken by the member States of the Council of Europe in the legal field,

Have agreed as follows:

Préambule

Les Etats membres du Conseil de l'Europe, signataires de la présente Convention,

Considérant que le but du Conseil de l'Europe est de réaliser une union plus étroite entre ses Membres;

Tenant compte du fait que se manifeste dans le droit international une tendance à restreindre les cas dans lesquels un Etat peut invoquer l'immunité devant les tribunaux étrangers;

Désireux d'établir, dans leurs relations mutuelles, des règles communes concernant l'étendue de l'immunité de juridiction dont un Etat jouit devant les tribunaux d'un autre Etat et tendant à assurer l'exécution des jugements rendus contre un Etat;

Considérant que l'adoption de telles règles est de nature à faire progresser l'œuvre d'harmonisation entreprise par les Etats membres du Conseil de l'Europe dans le domaine juridique,

Sont convenus de ce qui suit:

Präambel

Die Mitgliedstaaten des Europarats, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben, –

in der Erwägung, daß es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herzustellen,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß im internationalen Recht die Tendenz besteht, die Fälle einzuschränken, in denen ein Staat vor ausländischen Gerichten Immunität beanspruchen kann,

in dem Wunsch, für ihre gegenseitigen Beziehungen gemeinsame Regeln aufzustellen, die das Ausmaß der Immunität von der Gerichtsbarkeit bestimmen, die ein Staat vor den Gerichten eines anderen Staates genießt, und die Durchsetzung der gegen einen Staat ergangenen Entscheidungen zu sichern,

in der Erwägung, daß die Annahme solcher Regeln geeignet ist, zum Fortschritt des Vereinheitlichungswerks der Mitgliedstaaten des Europarats auf dem Gebiet des Rechts beizutragen, –

haben folgendes vereinbart:

Chapter I

Immunity from jurisdiction

Article 1

1. A Contracting State which institutes or intervenes in proceedings before a court of another Contracting State submits, for the purpose of those proceedings, to the jurisdiction of the courts of that State.

2. Such a Contracting State cannot claim immunity from the jurisdiction of the courts of the other Contracting State in respect of any counterclaim:

(a) arising out of the legal relationship or the facts on which the principal claim is based;

Chapitre I

Immunité de juridiction

Article 1

1. Un Etat Contractant demandeur ou intervenant dans une procédure devant un tribunal d'un autre Etat Contractant se soumet, pour la procédure ainsi engagée, à la juridiction des tribunaux de cet Etat.

2. Un tel Etat Contractant ne peut invoquer l'immunité de juridiction devant les tribunaux de l'autre Etat Contractant en ce qui concerne une demande reconventionnelle:

(a) lorsque celle-ci dérive du rapport de droit ou des faits sur lesquels est fondée la demande principale;

Kapitel I

Immunität von der Gerichtsbarkeit

Artikel 1

(1) Ein Vertragsstaat, der vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats ein Verfahren anhängig macht oder einem solchen als Intervenient beitritt, unterwirft sich für das Verfahren der Gerichtsbarkeit der Gerichte dieses Staates.

(2) Ein solcher Vertragsstaat kann vor den Gerichten des anderen Vertragsstaats für eine Widerklage immunität von der Gerichtsbarkeit nicht beanspruchen,

a) wenn sich die Widerklage aus dem Rechtsverhältnis oder aus dem Sachverhalt herleitet, auf die sich die Hauptklage stützt;

(b) if, according to the provisions of this Convention, it would not have been entitled to invoke immunity in respect of that counterclaim had separate proceedings been brought against it in those courts.

3. A Contracting State which makes a counterclaim in proceedings before a court of another Contracting State submits to the jurisdiction of the courts of that State with respect not only to the counterclaim but also to the principal claim.

(b) lorsque cet Etat, si une procédure distincte avait été engagée contre lui devant les tribunaux de l'autre Etat, n'aurait pu, selon les dispositions de la présente Convention, invoquer l'immunité.

3. Un Etat Contractant qui introduit une demande reconventionnelle devant un tribunal d'un autre Etat Contractant se soumet à la juridiction des tribunaux de cet Etat tant pour la demande principale que pour la demande reconventionnelle.

b) wenn dieser Staat Immunität von der Gerichtsbarkeit nach diesem Übereinkommen nicht hätte beanspruchen können, wäre vor den Gerichten des anderen Staates eine besondere Klage gegen ihn erhoben worden.

(3) Ein Vertragsstaat, der vor dem Gericht eines anderen Vertragsstaats eine Widerklage erhebt, unterwirft sich der Gerichtsbarkeit der Gerichte dieses Staates sowohl für die Haupt- als auch für die Widerklage.

Article 2

A Contracting State cannot claim immunity from the jurisdiction of a court of another Contracting State if it has undertaken to submit to the jurisdiction of that court either:

(a) by international agreement;

(b) by an express term contained in contract in writing; or

(c) by an express consent given after a dispute between the parties has arisen.

Article 2

Un Etat Contractant ne peut invoquer l'immunité de juridiction devant un tribunal d'un autre Etat Contractant s'il s'est engagé à se soumettre à la juridiction de ce tribunal en vertu:

(a) d'un accord international;

(b) d'une disposition expresse figurant dans un contrat écrit; ou

(c) d'un consentement exprès donné après la naissance du différend.

Artikel 2

Ein Vertragsstaat kann vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats Immunität von der Gerichtsbarkeit nicht beanspruchen, wenn er sich verpflichtet hat, sich der Gerichtsbarkeit dieses Gerichts zu unterwerfen, und zwar

a) durch internationale Vereinbarung,

b) durch ausdrückliche Bestimmung in einem schriftlichen Vertrag oder

c) durch nach Entstehen der Streitigkeit ausdrücklich erklärte Zustimmung.

Article 3

1. A Contracting State cannot claim immunity from the jurisdiction of a court of another Contracting State if, before claiming immunity, it takes any step in the proceedings relating to the merits. However, if the State satisfies the court that it could not have acquired knowledge of facts on which a claim to immunity can be based until after it has taken such a step, it can claim immunity based on these facts if it does so at the earliest possible moment.

2. A Contracting State is not deemed to have waived immunity if it appears before a court of another Contracting State in order to assert immunity.

Article 3

1. Un Etat Contractant ne bénéficie pas de l'immunité de juridiction devant un tribunal d'un autre Etat Contractant s'il conclut au fond avant de l'invoquer. Néanmoins, s'il établit qu'il n'a pu prendre qu'ultérieurement connaissance des faits sur lesquels il aurait pu fonder l'immunité, il peut invoquer celle-ci s'il se prévaut de ces faits aussitôt que possible.

2. Un Etat Contractant n'est pas censé avoir renoncé à l'immunité lorsqu'il comparaît devant un tribunal d'un autre Etat Contractant pour l'invoquer.

Artikel 3

(1) Ein Vertragsstaat kann vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats Immunität von der Gerichtsbarkeit nicht beanspruchen, wenn er sich vor Geltendmachung der Immunität zur Hauptsache einläßt. Weist er jedoch nach, daß er von den Tatsachen, auf Grund welcher er Immunität hätte beanspruchen können, erst nachträglich Kenntnis erlangen konnte, so kann er die Immunität beanspruchen, wenn er sich auf diese Tatsachen so bald wie möglich beruft.

(2) Tritt ein Vertragsstaat vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats auf, um Immunität zu beanspruchen, so gilt dies nicht als Verzicht auf die Immunität.

Article 4

1. Subject to the provisions of Article 5, a Contracting State cannot claim immunity from the jurisdiction of the courts of another Contracting State if the proceedings relate to an obligation of the State, which, by virtue of a contract, falls to be discharged in the territory of the State of the forum.

2. Paragraph 1 shall not apply:

(a) in the case of a contract concluded between States;

(b) if the parties to the contract have otherwise agreed in writing;

(c) if the State is party to a contract concluded on its territory and the obligation of the State is governed by its administrative law.

Article 4

1. Sous réserve des dispositions de l'article 5, un Etat Contractant ne peut invoquer l'immunité de juridiction devant un tribunal d'un autre Etat Contractant si la procédure a trait à une obligation de l'Etat qui, en vertu d'un contrat, doit être exécutée sur le territoire de l'Etat du for.

2. Le paragraphe 1 ne s'applique pas:

(a) lorsqu'il s'agit d'un contrat conclu entre Etats;

(b) lorsque les parties au contrat en sont convenues autrement;

(c) lorsque l'Etat est partie à un contrat conclu sur son territoire et que l'obligation de l'Etat est régie par son droit administratif.

Artikel 4

(1) Vorbehaltlich des Artikels 5 kann ein Vertragsstaat vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats Immunität von der Gerichtsbarkeit nicht beanspruchen, wenn das Verfahren eine von dem Staat in einem nicht völkerrechtlichen Vertrag eingegangene Verpflichtung betrifft und die Verpflichtung im Gerichtsstaat zu erfüllen ist.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden,

a) wenn der Vertrag zwischen Staaten geschlossen worden ist,

b) wenn die Vertragsparteien schriftlich etwas anderes vereinbart haben,

c) wenn der Vertrag von dem Staat in seinem Hoheitsgebiet geschlossen worden ist und die Verpflichtung des Staates seinem Verwaltungsrecht unterliegt.

Article 5

1. A Contracting State cannot claim immunity from the jurisdiction of a court of another Contracting State if the proceedings relate to a contract of employment between the State and an individual where the work has to be performed on the territory of the State of the forum.

2. Paragraph 1 shall not apply where:

(a) the individual is a national of the employing State at the time when the proceedings are brought;

(b) at the time when the contract was entered into the individual was neither a national of the State of the forum nor habitually resident in that State; or

(c) the parties to the contract have otherwise agreed in writing, unless, in accordance with the law of the State of the forum, the courts of that State have exclusive jurisdiction by reason of the subject-matter.

3. Where the work is done for an office, agency or other establishment referred to in Article 7, paragraphs 2 (a) and (b) of the present Article apply only if, at the time the contract was entered into, the individual had his habitual residence in the Contracting State which employs him.

Article 5

1. Un Etat Contractant ne peut invoquer l'immunité de juridiction devant un tribunal d'un autre Etat Contractant si la procédure a trait à un contrat de travail conclu entre l'Etat et une personne physique, lorsque le travail doit être accompli sur le territoire de l'Etat du for.

2. Le paragraphe 1 ne s'applique pas:

(a) lorsque la personne physique a la nationalité de l'Etat employeur au moment de l'introduction de l'instance;

(b) lorsqu'au moment de la conclusion du contrat, elle n'avait pas la nationalité de l'Etat du for, ni n'avait sa résidence habituelle sur le territoire de cet Etat; ou

(c) lorsque les parties au contrat en sont convenues autrement par écrit, à moins que, selon la loi de l'Etat du for, seuls les tribunaux de cet Etat ne soient compétents à raison de la matière.

3. Lorsque le travail est exécuté pour un bureau, une agence ou un autre établissement visés à l'article 7, les dispositions du paragraphe 2, lettres (a) et (b), du présent article ne sont applicables que si la personne avec laquelle le contrat a été conclu avait sa résidence habituelle sur le territoire de l'Etat employeur au moment de la conclusion du contrat.

Artikel 5

(1) Ein Vertragsstaat kann vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats Immunität von der Gerichtsbarkeit nicht beanspruchen, wenn das Verfahren einen zwischen dem Staat und einer natürlichen Person geschlossenen Arbeitsvertrag betrifft und die Arbeit im Gerichtsstaat zu leisten ist.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden,

a) wenn die natürliche Person im Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens die Staatsangehörigkeit des Staates hat, der ihr Arbeitgeber ist,

b) wenn sie im Zeitpunkt des Vertragsschlusses weder Angehörige des Gerichtsstaats war noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hatte oder

c) wenn die Vertragsparteien schriftlich etwas anderes vereinbart haben, sofern nicht nach dem Recht des Gerichtsstaats dessen Gerichte wegen der Art der Streitigkeit ausschließlich zuständig sind.

(3) Wird die Arbeit für ein Büro, eine Agentur oder eine andere Niederlassung im Sinne des Artikels 7 geleistet, so ist Absatz 2 Buchstaben a und b nur anzuwenden, wenn die natürliche Person im Zeitpunkt des Vertragsschlusses ihren gewöhnlichen Aufenthalt in dem Staat hatte, der ihr Arbeitgeber ist.

Article 6

1. A Contracting State cannot claim immunity from the jurisdiction of a court of another Contracting State if it participates with one or more private persons in a company, association or other legal entity having its seat, registered office or principal place of business on the territory of the State of the forum, and the proceedings concern the relationship, in matters arising out of that participation, between the State on the one hand and the entity or any other participant on the other hand.

2. Paragraph 1 shall not apply if it is otherwise agreed in writing.

Article 6

1. Un Etat Contractant ne peut invoquer l'immunité de juridiction devant un tribunal d'un autre Etat Contractant lorsqu'il participe, avec une ou plusieurs personnes privées, à une société, association ou personne morale ayant son siège réel ou statutaire ou son principal établissement sur le territoire de l'Etat du for et que la procédure a trait aux rapports, découlant de cette participation, entre l'Etat d'une part, et l'organisme ou l'un des participants, d'autre part.

2. Le paragraphe 1 ne s'applique pas lorsqu'il en a été convenu autrement par écrit.

Artikel 6

(1) Ein Vertragsstaat kann vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats Immunität von der Gerichtsbarkeit nicht beanspruchen, wenn er sich gemeinsam mit einer oder mehreren Privatpersonen an einer Gesellschaft, Vereinigung oder juristischen Person beteiligt, die ihren tatsächlichen oder satzungsmäßigen Sitz oder ihre Hauptniederlassung im Gerichtsstaat hat, und wenn das Verfahren die Beziehungen betrifft, die sich aus dieser Beteiligung zwischen dem Staat einerseits und der Gesellschaft, Vereinigung oder juristischen Person oder weiteren Beteiligten andererseits ergeben.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn schriftlich etwas anderes vereinbart worden ist.

Article 7

1. A Contracting State cannot claim immunity from the jurisdiction of a court of another Contracting State if it has on the territory of the State of the forum an office, agency or other establishment through which is engages, in the same manner as a private person, in an industrial, commercial or financial activity, and the proceedings relate to that activity of the office, agency or establishment.

Article 7

1. Un Etat Contractant ne peut invoquer l'immunité de juridiction devant un tribunal d'un autre Etat Contractant lorsqu'il a sur le territoire de l'Etat du for un bureau, une agence ou un autre établissement par lesquels il exerce, de la même manière qu'une personne privée, une activité industrielle, commerciale ou financière, et que la procédure a trait à cette activité du bureau, de l'agence ou de l'établissement.

Artikel 7

(1) Ein Vertragsstaat kann vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats Immunität von der Gerichtsbarkeit nicht beanspruchen, wenn er im Gerichtsstaat ein Büro, eine Agentur oder eine andere Niederlassung hat, durch die er auf die gleiche Weise wie eine Privatperson eine gewerbliche, kaufmännische oder finanzielle Tätigkeit ausübt, und wenn das Verfahren diese Tätigkeit des Büros, der Agentur oder der Niederlassung betrifft.

2. Paragraph 1 shall not apply if all the parties to the dispute are States, or if the parties have otherwise agreed in writing.

Article 8

A Contracting State cannot claim immunity from the jurisdiction of a court of another Contracting State if the proceedings relate:

(a) to a patent, industrial design, trademark, service mark or other similar right which, in the State of the forum, has been applied for, registered or deposited or is otherwise protected, and in respect of which the State is the applicant or owner;

(b) to an alleged infringement by it, in the territory of the State of the forum, of copyright belonging to a third person and protected in that State;

(c) to an alleged infringement by it, in the territory of the State of the forum, of copyright belonging to a third person and protected in that State;

(d) to the right to use a trade name in the State of the forum.

Article 9

A Contracting State cannot claim immunity from the jurisdiction of a court of another Contracting State if the proceedings relate to:

(a) its rights or interests in, or its use or possession of, immovable property; or

(b) its obligations arising out of its rights or interests in, or use or possession of, immovable property

and the property is situated in the territory of the State of the forum.

Article 10

A Contracting State cannot claim immunity from the jurisdiction of a court of another Contracting State if the proceedings relate to a right in movable or immovable property arising by way of succession, gift or *bona vacantia.*

Article 11

A Contracting State cannot claim immunity from the jurisdiction of a court of another Contracting State in proceedings which relate to redress for injury to the person or damage to tangible property, if the facts which occasioned the injury or

2. Le paragraphe 1 ne s'applique pas lorsque toutes les parties au différend sont des Etats ou lorsque les parties en sont convenues autrement par écrit.

Article 8

Un Etat Contractant ne peut invoquer l'immunité de juridiction devant un tribunal d'un autre Etat Contractant si la procédure a trait:

(a) à un brevet d'invention, un dessin ou modèle industriel, une marque de fabrique ou de commerce, une marque de service ou un autre droit analogue qui, dans l'Etat du for, a été demandé, déposé, enregistré ou est protégé d'une autre manière et dont l'Etat est déposant ou titulaire;

(b) au fait que l'Etat n'aurait pas respecté, dans l'Etat du for, un tel droit qui y est protégé et qui appartient à un tiers;

(c) au fait que l'Etat n'aurait pas respecté, dans l'Etat du for, un droit d'auteur qui y est protégé et qui appartient à un tiers;

(d) au droit à l'utilisation d'un nom commercial dans l'Etat du for.

Article 9

Un Etat Contractant ne peut invoquer l'immunité de juridiction devant un tribunal d'un autre Etat Contractant si la procédure a trait:

(a) à un droit de l'Etat sur un immeuble, à la possession d'un immeuble par l'Etat, ou à l'usage qu'il en fait; ou

(b) à une obligation qui lui incombe, soit en sa qualité de titulaire d'un droit sur un immeuble, soit en raison de la possession ou de l'usage de ce dernier,

et si l'immeuble est situé sur le territoire de l'Etat du for.

Article 10

Un Etat Contractant ne peut invoquer l'immunité de juridiction devant un tribunal d'un autre Etat Contractant si la procédure a trait à un droit sur des biens, mobiliers ou immobiliers, dépendant d'une succession ou d'une donation, ou vacants.

Article 11

Un Etat Contractant ne peut invoquer l'immunité de juridiction devant un tribunal d'un autre Etat Contractant lorsque la procédure a trait à la réparation d'un préjudice corporel ou matériel résultant d'un fait survenu sur le territoire de l'Etat du for

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn alle Streitparteien Staaten sind oder wenn die Parteien schriftlich etwas anderes vereinbart haben.

Artikel 8

Ein Vertragsstaat kann vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats Immunität von der Gerichtsbarkeit nicht beanspruchen, wenn sich das Verfahren bezieht

a) auf ein Patent, ein gewerbliches Muster oder Modell, ein Warenzeichen, eine Dienstleistungsmarke oder ein anderes gleichartiges Recht, das im Gerichtsstaat angemeldet, hinterlegt, eingetragen oder auf andere Weise geschützt ist, wenn der Staat Anmelder, Hinterleger oder Inhaber ist;

b) auf die Behauptung, der Staat habe im Gerichtsstaat ein solches, dort geschütztes und einem Dritten zustehendes Recht verletzt;

c) auf die Behauptung, der Staat habe im Gerichtsstaat ein dort geschütztes und einem Dritten zustehendes Urheberrecht verletzt;

d) auf das Recht zum Gebrauch einer Firma im Gerichtsstaat.

Artikel 9

Ein Vertragsstaat kann vor den Gerichten eines anderen Vertragsstaats Immunität von der Gerichtsbarkeit nicht beanspruchen, wenn sich das Verfahren bezieht

a) auf ein Recht des Staates an unbeweglichem Vermögen, auf den Besitz oder den Gebrauch solchen Vermögens durch den Staat oder

b) auf seine Pflichten, die ihm als Inhaber von Rechten an unbeweglichem Vermögen oder als Besitzer obliegen oder sich aus dem Gebrauch eines solchen Vermögens ergeben,

sofern das unbewegliche Vermögen im Gerichtsstaat gelegen ist.

Artikel 10

Ein Vertragsstaat kann vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats Immunität von der Gerichtsbarkeit nicht beanspruchen, wenn das Verfahren ein Recht an beweglichem oder unbeweglichem Vermögen betrifft, das zu einer Erbschaft oder Schenkung gehört oder erb- oder herrenlos ist.

Artikel 11

Ein Vertragsstaat kann vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats Immunität von der Gerichtsbarkeit nicht beanspruchen, wenn das Verfahren den Ersatz eines Personen- oder Sachschadens betrifft, das schädigende Ereignis im

damage occurred in the territory of the State of the forum, and if the author of the injury or damage was present in that territory at the time when those facts occurred.

Article 12

1. Where a Contracting State has agreed in writing to submit to arbitration a dispute which has arisen or may arise out of a civil or commercial matter, that State may not claim immunity from the jurisdiction of a court of another Contracting State on the territory or according to the law of which the arbitration has taken or will take place in respect of any proceedings relating to:

(a) the validity or interpretation of the arbitration agreement;
(b) the arbitration procedure;
(c) the setting aside of the award,

unless the arbitration agreement otherwise provides.

2. Paragraph 1 shall not apply to an arbitration agreement between States.

Article13

Paragraph 1 of Article 1 shall not apply where a Contracting State asserts, in proceedings pending before a court of another Contracting State to which it is not a party, that it has a right or interest in property which is the subject-matter of the proceedings, and the circumstances are such that it would have been entitled to immunity if the proceedings had been brought against it.

Article 14

Nothing in this Convention shall be interpreted as preventing a court of a Contracting State from administering or supervising or arranging for the administration of property, such as trust property or the estate of a bankrupt, solely on account of the fact that another Contracting State has a right or interest in the property.

Article 15

A Contracting State shall be entitled to immunity from the jurisdiction of the courts of another Contracting State if the proceedings do not fall within Articles 1 to 14; the court shall decline to entertain such proceedings even if the State does not appear.

Chapter II

Procedural rules

Article 16

1. In proceedings against a Contracting State in a court of another Contracting State, the following rules shall apply.

et que l'auteur du dommage y était présent au moment où ce fait est survenu.

Article 12

1. Si un Etat Contractant a accepté par écrit de soumettre à l'arbitrage des différends déjà nés ou qui pourraient naître en matière civile ou commerciale, il ne peut invoquer l'immunité de juridiction devant un tribunal d'un autre Etat Contractant sur le territoire ou selon la loi duquel l'arbitrage doit avoir ou a eu lieu en ce qui concerne toute action relative:

(a) à la validité ou à l'interprétation de la convention d'arbitrage;
(b) à la procédure d'arbitrage;
(c) à l'annulation de la sentence,

à moins que la convention d'arbitrage n'en dispose autrement.

2. Le paragraphe 1 ne s'applique pas à une convention d'arbitrage conclue entre Etats.

Article 13

Le paragraphe 1 de l'article 1 ne s'applique pas lorsqu'un Etat Contractant fait valoir devant un tribunal d'un autre Etat Contractant, saisi d'une procédure à laquelle il n'est pas partie, qu'il a un droit sur des biens qui font l'objet du litige, dans la mesure où il aurait pu invoquer l'immunité si l'action avait été dirigée contre lui.

Article 14

Aucune disposition de la présente Convention ne peut être interprétée comme empêchant un tribunal d'un Etat Contractant de gérer des biens, tels que ceux d'un trust ou d'une faillite, ni d'en organiser ou d'en surveiller la gestion, du seul fait qu'un autre Etat Contractant a un droit sur ces biens.

Article 15

Un Etat Contractant bénéficie de l'immunité de juridiction devant les tribunaux d'un autre Etat Contractant si la procédure ne relève pas des articles 1 à 14; le tribunal ne peut connaître d'une telle procédure même lorsque l'Etat ne comparaît pas.

Chapitre II

Règles de procédure

Article 16

1. Les règles suivantes s'appliquent aux procédures contre un Etat Contractant devant un tribunal d'un autre Etat Contractant.

Gerichtsstaat eingetreten ist und der Schädiger sich bei Eintritt des Ereignisses in diesem Staat aufgehalten hat.

Artikel 12

(1) Hat ein Vertragsstaat schriftlich zugestimmt, daß bestehende oder künftige zivil- oder handelsrechtliche Streitigkeiten einem schiedsrichterlichen Verfahren unterworfen werden, so kann er vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet oder nach dessen Recht das schiedsrichterliche Verfahren stattfinden soll oder stattgefunden hat, Immunität von der Gerichtsbarkeit für kein Verfahren beanspruchen, das

a) die Gültigkeit oder die Auslegung der Schiedsvereinbarung,
b) das schiedsrichterliche Verfahren,
c) die Aufhebung des Schiedsspruchs

betrifft, sofern nicht die Schiedsvereinbarung etwas anderes vorsieht.

(2) Absatz 1 ist auf eine Schiedsvereinbarung zwischen Staaten nicht anzuwenden.

Artikel 13

Artikel 1 Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn ein Vertragsstaat in einem Verfahren, das vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats anhängig und in dem er nicht Partei ist, geltend macht, er habe ein Recht an dem den Gegenstand des Verfahrens bildenden Vermögen, sofern der Staat Immunität hätte beanspruchen können, wäre das Verfahren gegen ihn gerichtet gewesen.

Artikel 14

Dieses Übereinkommen darf nicht so ausgelegt werden, daß es ein Gericht eines Vertragsstaats nur deshalb daran hindert, Vermögenswerte wie etwa ein Treuhandvermögen oder eine Konkursmasse zu verwalten oder deren Verwaltung zu veranlassen oder zu überwachen, weil ein anderer Vertragsstaat ein Recht an dem Vermögen hat.

Artikel 15

Ein Vertragsstaat kann vor den Gerichten eines anderen Vertragsstaats Immunität von der Gerichtsbarkeit beanspruchen, wenn das Verfahren nicht unter die Artikel 1 bis 14 fällt; das Gericht muß die Durchführung eines solchen Verfahrens auch dann ablehnen, wenn sich der Staat daran nicht beteiligt.

Kapitel II

Verfahrensvorschriften

Artikel 16

(1) Die nachstehenden Vorschriften gelten für Verfahren gegen einen Vertragsstaat vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats.

2. The competent authorities of the State of the forum shall transmit

- the original or a copy of the document by which the proceedings are instituted;
- a copy of any judgment given by default against a State which was defendant in the proceedings,

through the diplomatic channel to the Ministry of Foreign Affairs of the defendant State, for onward transmission, where appropriate, to the competent authority. These documents shall be accompanied, if necessary, by a translation into the official language, or one of the official languages, of the defendant State.

3. Service of the documents referred to in paragraph 2 is deemed to have been effected by their receipt by the Ministry of Foreign Affairs.

4. The time-limits within which the State must enter an appearance or appeal against any judgment given by default shall begin to run two months after the date on which the document by which the proceedings were instituted or the copy of the judgment is received by the Ministry of Foreign Affairs.

5. If it rests with the court to prescribe the time-limits for entering an appearance or for appealing against a judgment given by default, the court shall allow the State not less than two months after the date on which the document by which the proceedings are instituted or the copy of the judgment is received by the Ministry of Foreign Affairs.

6. A Contracting State which appears in the proceedings is deemed to have waived any objection to the method of service.

7. If the Contracting State has not appeared, judgment by default may be given against it only if it is established that the document by which the proceedings were instituted has been transmitted in conformity with paragraph 2, and that the time-limits for entering an appearance provided for in paragraphs 4 and 5 have been observed.

2. Les autorités compétentes de l'Etat du for transmettent

- l'acte introductif d'instance en original ou en copie;
- une copie de tout jugement rendu par défaut contre l'Etat défendeur,

par la voie diplomatique au Ministère des Affaires étrangères de l'Etat défendeur, afin qu'il le remette, le cas échéant, à l'organe compétent. Ces documents sont accompagnés, s'il y a lieu, d'une traduction dans la langue ou l'une des langues officielles de l'Etat défendeur.

3. La signification ou la notification des actes mentionnés au paragraphe 2 est réputée effectuée par leur réception au Ministère des Affaires étrangères.

4. Les délais dans lesquels l'Etat doit comparaître ou exercer des voies de recours contre un jugement par défaut commencent à courir deux mois après la date de réception, par le Ministère des Affaires étrangères, de l'acte introductif d'instance ou de la copie dudit jugement.

5. S'il appartient au tribunal de fixer les délais pour comparaître et pour exercer les voies de recours contre un jugement par défaut, il ne pourra impartir à l'Etat un délai inférieur à deux mois après la date de réception, par le Ministère des Affaires étrangères, de l'acte introductif d'instance ou de la copie du jugement.

6. Un Etat Contractant qui comparaît dans la procédure est censé avoir renoncé à se prévaloir de toute objection contre le mode de signification ou de notification de l'acte introductif d'instance.

7. Si l'Etat Contractant n'a pas comparu, un jugement par défaut ne peut être rendu contre lui que s'il est établi que l'acte introductif d'instance lui a été remis conformément au paragraphe 2 et que les délais de comparution prévus aux paragraphes 4 et 5 ont été respectés.

(2) Die zuständigen Behörden des Gerichtsstaats übermitteln

- die Urschrift oder eine Abschrift des das Verfahren einleitenden Schriftstücks,
- eine Abschrift jeder gegen den beklagten Staat ergangenen Versäumnisentscheidung

auf diplomatischem Weg dem Außenministerium des beklagten Staates zur etwaigen Weiterleitung an die zuständige Behörde. Diesen Urkunden ist erforderlichenfalls eine Übersetzung in die Amtssprache oder in eine der Amtssprachen des beklagten Staates beizufügen.

(3) Die Zustellung der in Absatz 2 bezeichneten Urkunden gilt als mit ihrem Eingang beim Außenministerium bewirkt.

(4) Die Fristen zur Beteiligung am Verfahren und die Rechtsmittelfristen bei Versäumnisentscheidungen beginnen zwei Monate nach dem Eingang des das Verfahren einleitenden Schriftstücks oder der Abschrift der Entscheidung beim Außenministerium.

(5) Ist es Sache des Gerichts, die Fristen zur Beteiligung am Verfahren oder die Rechtsmittelfristen bei Versäumnisentscheidungen zu bestimmen, so kann es dem Staat keine Frist setzen, die vor Ablauf von zwei Monaten nach dem Eingang des das Verfahren einleitenden Schriftstücks oder der Abschrift der Entscheidung beim Außenministerium endet.

(6) Beteiligt sich ein Vertragsstaat an dem Verfahren, so gilt dies als Verzicht auf alle Einwendungen gegen die Art der Zustellung des das Verfahren einleitenden Schriftstücks.

(7) Hat sich der Vertragsstaat nicht an dem Verfahren beteiligt, so kann eine Versäumnisentscheidung gegen ihn nur ergehen, wenn festgestellt ist, daß ihm das der Einleitung des Verfahrens dienende Schriftstück nach Absatz 2 übermittelt worden ist und daß die in den Absätzen 4 und 5 vorgesehenen Fristen für die Beteiligung am Verfahren eingehalten worden sind.

Article 17

No security, bond or deposit, however described, which could not have been required in the State of the forum of a national of that State or a person domiciled or resident there, shall be required of a Contracting State to guarantee the payment of judicial costs or expenses. A State which is a claimant in the courts of another Contracting State shall pay any judicial costs or expenses for which it may become liable.

Article 17

Aucune caution ni dépôt, sous quelque dénomination que ce soit, qui ne pourrait pas être exigé dans l'Etat du for d'un ressortissant de cet Etat ou d'une personne qui y est domiciliée ou y réside, ne peut être imposé à un Etat Contractant pour garantir le paiement des frais et dépens du procès. L'Etat demandeur devant un tribunal d'un autre Etat Contractant doit régler tous les frais et dépens du procès mis à sa charge.

Artikel 17

Einem Vertragsstaat darf zur Sicherung der Verfahrenskosten keine Sicherheitsleistung oder Hinterlegung auferlegt werden, unter welcher Bezeichnung es auch sei, die im Gerichtsstaat nicht von einem Angehörigen dieses Staates oder von einer Person verlangt werden könnte, die dort ihren Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Der Staat, der vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats als Kläger auftritt, hat alle ihm auferlegten Verfahrenskosten zu zahlen.

Article 18

A Contracting State party to proceedings before a court of another Contracting State may not be subjected to any measure of coercion, or any penalty, by reason of its failure or refusal to disclose any documents or other evidence. However the court may draw any conclusion it thinks fit from such failure or refusal.

Article 18

Aucune mesure coercitive ou autre sanction ne peut être appliquée à un Etat Contractant partie à une procédure devant un tribunal d'un autre Etat Contractant en raison de son refus ou de son abstention de fournir des moyens de preuve. Toutefois, le tribunal apprécie les conséquences d'un tel refus ou abstention.

Artikel 18

Gegen einen Vertragsstaat, der in einem Verfahren vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats Partei ist, dürfen keine Zwangs- oder Strafmaßnahmen verhängt werden, weil er es ablehnt oder unterläßt, Beweismittel beizubringen. Das Gericht kann jedoch aus einer solchen Ablehnung oder Unterlassung die ihm gerechtfertigt scheinenden Schlüsse ziehen.

Article 19

1. A court before which proceedings to which a Contracting State is a party are instituted shall, at the request of one of the parties or, if its national law so permits, of its own motion, decline to proceed with the case or shall stay the proceedings if other proceedings between the same parties, based on the same facts and having the same purpose:

(a) are pending before a court of that Contracting State, and were the first to be instituted; or

(b) are pending before a court of any other Contracting State, were the first to be instituted and may result in a judgment to which the State party to the proceedings must give effect by virtue of Article 20 or Article 25.

2. Any Contracting State whose law gives the courts a discretion to decline to proceed with a case or to stay the proceedings in cases where proceedings between the same parties, based on the same facts and having the same purpose, are pending before a court of another Contracting State, may, by notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe, declare that its courts shall not be bound by the provisions of paragraph 1.

Article 19

1. Un tribunal devant lequel est engagée une procédure à laquelle un Etat Contractant est partie doit, à la requête de l'une des parties ou, si son droit national le permet, d'office, se dessaisir ou surseoir à statuer si une autre procédure entre les mêmes parties, fondée sur les mêmes faits et ayant le même objet:

(a) est pendante devant un tribunal de cet Etat Contractant, premier saisi; ou

(b) est pendante devant un tribunal d'un autre Etat Contractant, premier saisi, et peut donner lieu à un jugement auquel l'Etat partie à la procédure devrait donner effet en vertu des articles 20 ou 25.

2. Tout Etat Contractant dont le droit donne aux tribunaux la faculté de se dessaisir ou de surseoir à statuer lorsqu'un tribunal d'un autre Etat Contractant est déjà saisi d'une instance entre les mêmes parties, fondée sur les mêmes faits et ayant le même objet, peut, par notification adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, déclarer que ses tribunaux ne sont pas liés par les dispositions du paragraphe 1.

Artikel 19

(1) Ein Gericht, vor dem ein Verfahren anhängig ist, in dem ein Vertragsstaat Partei ist, hat auf Antrag einer Partei oder, wenn sein innerstaatliches Recht dies gestattet, von Amts wegen die Klage abzuweisen oder das Verfahren auszusetzen, wenn ein anderes auf demselben Sachverhalt beruhendes und denselben Gegenstand betreffendes Verfahren zwischen denselben Parteien

a) vor einem Gericht dieses Vertragsstaats anhängig und als erstes eingeleitet worden ist oder

b) vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats anhängig ist, als erstes eingeleitet worden ist und zu einer Entscheidung führen kann, die der an dem Verfahren beteiligte Staat nach Artikel 20 oder 25 zu erfüllen hätte.

(2) Jeder Vertragsstaat, dessen Recht es den Gerichten gestattet, die Klage abzuweisen oder das Verfahren auszusetzen, wenn vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats bereits ein auf demselben Sachverhalt beruhendes und denselben Gegenstand betreffendes Verfahren zwischen denselben Parteien anhängig ist, kann durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation erklären, daß seine Gerichte an Absatz 1 nicht gebunden sind.

Chapter III
Effect of Judgment

Article 20

1. A Contracting State shall give effect to a judgment given against it by a court of another Contracting State:

(a) if, in accordance with the provisions of Articles 1 to 13, the State could not claim immunity from jurisdiction; and

(b) if the judgment cannot or can no longer be set aside if obtained by default, or if it is not or is no longer subject to appeal or any other form of ordinary review or to annulment.

Chapitre III
Effets des jugements

Article 20

1. Un Etat Contractant doit donner effet à un jugement rendu contre lui par un tribunal d'un autre Etat Contractant lorsque:

(a) conformément aux dispositions des articles 1 à 13, il ne pouvait invoquer l'immunité de juridiction; et que

(b) le jugement ne peut pas ou ne peut plus faire l'objet d'une opposition en cas de jugement par défaut, d'un appel ou de toute autre voie de recours ordinaire, ou d'un pourvoi en cassation.

Kapitel III
Wirkungen der Entscheidungen

Artikel 20

(1) Ein Vertragsstaat hat die gegen ihn ergangene Entscheidung eines Gerichts eines anderen Vertragsstaats zu erfüllen,

a) wenn er nach den Artikeln 1 bis 13 Immunität von der Gerichtsbarkeit nicht beanspruchen konnte und

b) wenn die Entscheidung nicht oder nicht mehr Gegenstand eines Einspruchs gegen eine Versäumnisentscheidung, einer Berufung oder eines anderen ordentlichen Rechtsmittels oder einer Kassationsbeschwerde sein kann.

2. Nevertheless, a Contracting State is not obliged to give effect to such a judgment in any case:

(a) where it would be manifestly contrary to public policy in that State to do so, or where, in the circumstances, either party had no adequate opportunity fairly to present his case;

(b) where proceedings between the same parties, based on the same facts and having the same purpose:

(i) are pending before a court of that State and were the first to be instituted;

(ii) are pending before a court of another Contracting State, were the first to be instituted and may result in a judgment to which the State party to the proceedings must give effect under the terms of this Convention;

(c) where the result of the judgment is inconsistent with the result of another judgment given between the same parties:

(i) by a court of the Contracting State, if the proceedings before that court were the first to be instituted or if the other judgment has been given before the judgment satisfied the conditions specified in paragraph 1 (b); or

(ii) by a court of another Contracting State where the other judgment is the first to satisfy the requirements laid down in the present Convention;

(d) where the provisions of Article 16 have not been observed and the State has not entered an appearance or has not appealed against a judgment by default.

3. In addition, in the cases provided for in Article 10, a Contracting State is not obliged to give effect to the judgment:

(a) if the courts of the State of the forum would not have been entitled to assume jurisdiction had they applied, *mutatis mutandis*, the rules of jurisdiction (other than those mentioned in the Annex to the present Convention) which operate in the State against which judgment is given; or

(b) if the court, by applying a law other than that which would have been applied in accordance with the rules of private international law of that State, has reached a result different from that which would have been reached by applying the law determined by those rules.

However, a Contracting State may not rely upon the grounds of refusal specified in sub-paragraphs (a) and (b) above if it is

2. Néanmoins, un Etat Contractant n'est pas tenu de donner effet à un tel jugement lorsque:

(a) il serait manifestement contraire à l'ordre public de cet Etat de lui donner effet;

(b) une procédure entre les mêmes parties, fondée sur les mêmes faits et ayant le même objet:

(i) est pendante devant un tribunal de cet Etat, premier saisi;

(ii) est pendante devant un tribunal d'un autre Etat Contractant, premier saisi, et peut donner lieu à un jugement auquel l'Etat partie à la procédure devrait donner effet en vertu de la présente Convention;

(c) les effets du jugement sont incompatibles avec ceux d'un autre jugement rendu entre les mêmes parties:

(i) par un tribunal de l'Etat Contractant si ce tribunal a été le premier saisi ou si cet autre jugement a été rendu avant que le jugement ne remplisse les conditions du paragraphe 1, lettre (b); ou

(ii) par un tribunal d'un autre Etat Contractant et remplissant le premier les conditions prévues par la présente Convention;

(d) les dispositions de l'article 16 n'ont pas été observées, et que l'Etat n'a pas comparu ou n'a pas exercé de voies de recours contre un jugement par défaut.

3. En outre, dans les cas prévus à l'article 10, un Etat Contractant n'est pas tenu de donner effet à un tel jugement:

(a) lorsque les tribunaux de l'Etat du for n'auraient pas été compétents s'ils avaient appliqué, mutatis mutandis, les règles de compétence, autres que celles mentionnées à l'Annexe à la présente Convention, en vigueur dans l'Etat contre lequel le jugement a été rendu;

(b) lorsque le tribunal, en raison de l'application d'une loi autre que celle qui aurait été appliquée selon les règles de droit international privé de cet Etat, a abouti à un résultat différent de celui qui aurait été obtenu par l'application de la loi désignée par lesdites règles.

Toutefois, un Etat Contractant ne peut se prévaloir des motifs de refus prévus aux lettres (a) et (b) du présent paragraphe,

(2) Ein Vertragsstaat ist jedoch nicht verpflichtet, eine solche Entscheidung zu erfüllen,

a) wenn dies offensichtlich gegen die öffentliche Ordnung dieses Staates verstieße;

b) wenn ein auf demselben Sachverhalt beruhendes und denselben Gegenstand betreffendes Verfahren zwischen denselben Parteien

i) vor einem Gericht dieses Staates anhängig und als erstes eingeleitet worden ist oder

ii) vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats anhängig ist, als erstes eingeleitet worden ist und zu einer Entscheidung führen kann, die der an dem Verfahren beteiligte Staat nach dem Übereinkommen zu erfüllen hätte;

c) wenn die Wirkungen der Entscheidung unvereinbar sind mit denen einer anderen zwischen denselben Parteien ergangenen Entscheidung

i) eines Gerichts des Vertragsstaats, sofern das Verfahren vor diesem Gericht als erstes eingeleitet worden und diese andere Entscheidung ergangen ist, bevor die Entscheidung die Voraussetzungen des Absatzes 1 Buchstabe b erfüllt hat, oder

ii) eines Gerichts eines anderen Vertragsstaats, sofern dessen Entscheidung als erste die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt hat;

d) wenn Artikel 16 nicht eingehalten worden ist und der Staat sich an dem Verfahren nicht beteiligt oder gegen eine Versäumnisentscheidung kein Rechtsmittel eingelegt hat.

(3) Ferner ist ein Vertragsstaat in den in Artikel 10 bezeichneten Fällen nicht verpflichtet, die Entscheidung zu erfüllen,

a) wenn die Gerichte im Gerichtsstaat nicht zuständig gewesen wären, hätten sie die in dem Staat, gegen den die Entscheidung ergangen ist, geltenden Zuständigkeitsvorschriften – mit Ausnahme der Zuständigkeitsvorschriften in der Anlage zu diesem Übereinkommen – entsprechend angewendet;

b) wenn das Gericht wegen der Anwendung eines anderen Rechtes als desjenigen, das nach den Regeln des internationalen Privatrechts dieses Staates anzuwenden gewesen wäre, zu einem anderen Ergebnis gekommen ist als demjenigen, zu dem die Anwendung des von diesen Regeln bezeichneten Rechtes geführt hätte.

Ein Vertragsstaat kann sich jedoch auf die Ablehnungsgründe der Buchstaben a und b nicht berufen, wenn er mit dem

bound by an agreement with the State of the forum on the recognition and enforcement of judgments and the judgment fulfils the requirement of that agreement as regards jurisdiction and, where appropriate, the law applied.

Article 21

1. Where a judgment has been given against a Contracting State and that State does not give effect thereto, the party which seeks to invoke the judgment shall be entitled to have determined by the competent court of that State the question whether effect should be given to the judgment in accordance with Article 20. Proceedings may also be brought before this court by the State against which judgment has been given, if its law so permits.

2. Save in so far as may be necessary for the application of Article 20, the competent court of the State in question may not review the merits of the judgment.

3. Where proceedings are instituted before a court of a State in accordance with paragraph 1:

(a) the parties shall be given an opportunity to be heard in the proceedings;

(b) documents produced by the party seeking to invoke the judgment shall not be subject to legalisation or any other like formality;

(c) no security, bond or deposit, however described, shall be required of the party invoking the judgment by reason of his nationality, domicile or residence;

(d) the party invoking the judgment shall be entitled to legal aid under conditions no less favourable than those applicable to nationals of the State who are domiciled and resident therein.

4. Each Contracting State shall, when depositing its instrument of ratification, acceptance or accession, designate the court or courts referred to in paragraph 1, and inform the Secretary General of the Council of Europe thereof.

Article 22

1. A Contracting State shall give effect to a settlement to which it is a party and which has been made before a court of another Contracting State in the course of the proceedings; the provisions of Article 20 do not apply to such a settlement.

2. If the State does not give effect to the settlement, the procedure provided for in Article 21 may be used.

s'il est lié à l'Etat du for par un traité sur la reconnaissance et l'exécution des jugements et si le jugement remplit les conditions prévues par ce traité en ce qui concerne la compétence et, le cas échéant, la loi appliquée.

Article 21

1. Si un jugement a été rendu contre un Etat Contractant et que celui-ci ne lui donne pas effet, la partie qui se prévaut de ce jugement peut demander au tribunal compétent de cet Etat de statuer sur le point de savoir si effet doit être donné au jugement conformément à l'article 20. Le tribunal peut aussi être saisi par l'Etat contre lequel le jugement a été rendu, si son droit le lui permet.

2. Sous réserve de ce qui est nécessaire pour l'application de l'article 20, le tribunal de l'Etat en cause ne peut procéder à aucun examen du fond du jugement.

3. En cas de procédure introduite devant un tribunal d'un Etat conformément au paragraphe 1:

(a) les parties doivent avoir la possibilité de faire valoir leurs moyens;

(b) les documents produits par la partie qui se prévaut du jugement sont dispensés de la légalisation ou de toute autre formalité analogue;

(c) il ne peut être demandé de la partie qui se prévaut du jugement ni caution, ni dépôt, sous quelque dénomination que ce soit, en raison de sa nationalité, de son domicile ou de sa résidence;

(d) la partie qui se prévaut du jugement est admise au bénéfice de l'assistance judiciaire dans des conditions au moins aussi favorables que les ressortissants de l'Etat qui y sont domiciliés ou résidents.

4. Chaque Etat Contractant désigne le ou les tribunaux visés au paragraphe 1 et en informe le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion.

Article 22

1. Un Etat Contractant doit donner effet à une transaction à laquelle il est partie et qui est passée devant un tribunal d'un autre Etat Contractant au cours d'une procédure, sans que les dispositions de l'article 20 soient applicables.

2. Si l'Etat ne donne pas effet à la transaction, la procédure prévue à l'article 21 peut être utilisée.

Gerichtsstaat durch ein Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen verbunden ist und die Entscheidung die Voraussetzungen dieses Abkommens hinsichtlich der Zuständigkeit und gegebenenfalls des anzuwendenden Rechtes erfüllt.

Artikel 21

(1) Ist gegen einen Vertragsstaat eine Entscheidung ergangen und erfüllt er sie nicht, so kann die Partei, die sich auf die Entscheidung beruft, von dem zuständigen Gericht dieses Staates eine Feststellung darüber verlangen, ob die Entscheidung nach Artikel 20 erfüllt werden muß. Wenn sein Recht ihm dies gestattet, kann auch der Staat, gegen den die Entscheidung ergangen ist, das Gericht anrufen.

(2) Vorbehaltlich des Artikels 20 darf das Gericht des betreffenden Staates die Entscheidung in der Sache selbst nicht nachprüfen.

(3) Wird vor einem Gericht eines Staates ein Verfahren nach Absatz 1 eingeleitet,

a) so ist den Parteien in dem Verfahren rechtliches Gehör zu gewähren,

b) so sind die von der Partei, die sich auf die Entscheidung beruft, vorgelegten Urkunden von der Legalisation und allen anderen gleichartigen Förmlichkeiten befreit,

c) so darf von der Partei, die sich auf die Entscheidung beruft, wegen ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Wohnsitzes oder ihres Aufenthalts weder eine Sicherheitsleistung noch eine Hinterlegung, unter welcher Bezeichnung es auch sei, verlangt werden,

d) so ist die Partei, die sich auf die Entscheidung beruft, zum Armenrecht unter Bedingungen zuzulassen, die mindestens ebenso günstig sind wie diejenigen, die für eigene Staatsangehörige mit Wohnsitz oder Aufenthalt in diesem Staat gelten.

(4) Jeder Vertragsstaat bezeichnet das Gericht oder die Gerichte im Sinne des Absatzes 1 und verständigt davon den Generalsekretär des Europarats bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde.

Artikel 22

(1) Ein Vertragsstaat hat einen Vergleich zu erfüllen, an dem er als Partei beteiligt ist und der in einem Verfahren vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats geschlossen worden ist; Artikel 20 ist auf einen solchen Vergleich nicht anwendbar.

(2) Erfüllt der Staat den Vergleich nicht, so kann von dem in Artikel 21 vorgesehenen Verfahren Gebrauch gemacht werden.

Article 23

No measures of execution or preventive measures against the property of a Contracting State may be taken in the territory of another Contracting State except where and to the extent that the State has expressly consented thereto in writing in any particular case.

Article 23

Il ne peut être procédé sur le territoire d'un Etat Contractant ni à l'exécution forcée, ni à une mesure conservatoire sur les biens d'un autre Etat Contractant, sauf dans les cas et dans la mesure où celui-ci y a expressément consenti par écrit.

Artikel 23

In einem Vertragsstaat darf gegen das Vermögen eines anderen Vertragsstaats weder eine Zwangsvollstreckung durchgeführt noch eine Sicherungsmaßnahme getroffen werden, außer in dem Fall und in dem Ausmaß, in denen der Staat selbst ausdrücklich in Schriftform zugestimmt hat.

Chapter IV
Optional provisions

Chapitre IV
Régime facultatif

Kapitel IV
Bestimmungen, deren Annahme freigestellt ist

Article 24

1. Notwithstanding the provisions of Article 15, any State may, when signing this Convention or depositing its instrument of ratification, acceptance or accession, or at any later date, by notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe, declare that, in cases not falling within Articles 1 to 13, its courts shall be entitled to entertain proceedings against another Contracting State to the extent that its courts are entitled to entertain proceedings against States not Party to the present Convention. Such a declaration shall be without prejudice to the immunity from jurisdiction which foreign States enjoy in respect of acts performed in the exercise of sovereign authority (*acta jure imperii*).

2. The courts of a State which has made the declaration provided for in paragraph 1 shall not however be entitled to entertain such proceedings against another Contracting State if their jurisdiction could have been based solely on one or more of the grounds mentioned in the Annex to the present Convention, unless that other Contracting State has taken a step in the proceedings relating to the merits without first challenging the jurisdiction of the court.

3. The provisions of Chapter II apply to proceedings instituted against a Contracting State in accordance with the present Article.

4. The declaration made under paragraph 1 may be withdrawn by notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe. The withdrawal shall take effect three months after the date of its receipt, but this shall not affect proceedings instituted before the date on which the withdrawal becomes effective.

Article 24

1. Nonobstant les dispositions de l'article 15, tout Etat peut, au moment de la signature ou du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion, ou à tout autre moment ultérieur, par notification adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, déclarer qu'en dehors des cas relevant des articles 1 à 13, ses tribunaux pourront connaître de procédures engagées contre un autre Etat Contractant dans la mesure où ils peuvent en connaître contre des Etats qui ne sont pas parties à la présente Convention. Cette déclaration ne porte pas atteinte à l'immunité de juridiction dont jouissent les Etats étrangers pour les actes accomplis dans l'exercice de la puissance publique (acta jure imperii).

2. Les tribunaux d'un Etat qui a fait la déclaration prévue au paragraphe 1 ne peuvent cependant connaître de telles procédures contre un autre Etat Contractant si leur compétence ne peut se fonder que sur un ou plusieurs des chefs mentionnés à l'Annexe à la présente Convention, à moins que l'autre Etat Contractant ne procède au fond sans avoir décliné la compétence du tribunal.

3. Les dispositions du Chapitre II sont applicables aux procédures engagées contre un Etat Contractant en vertu du présent article.

4. La déclaration faite conformément au paragraphe 1 peut être retirée par notification adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Le retrait prendra effet trois mois après la date de sa réception, mais n'affectera pas les procédures introduites avant l'expiration de ce délai.

Artikel 24

(1) Vorbehaltlich des Artikels 15 kann jeder Staat bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde oder jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation erklären, daß seine Gerichte über die Fälle der Artikel 1 bis 13 hinaus in Verfahren gegen einen anderen Vertragsstaat in demselben Ausmaß wie in Verfahren gegen Nichtvertragsstaaten entscheiden können. Diese Erklärung läßt die Immunität von der Gerichtsbarkeit unberührt, die fremde Staaten hinsichtlich der in Ausübung der Hoheitsgewalt vorgenommenen Handlungen (acta iure imperii) genießen.

(2) Die Gerichte eines Staates, der die Erklärung nach Absatz 1 abgegeben hat, dürfen jedoch in einem Verfahren gegen einen anderen Vertragsstaat nicht entscheiden, wenn ihre Zuständigkeit nur auf einen oder mehrere der in der Anlage zu diesem Übereinkommen bezeichneten Gründe gestützt werden kann, sofern sich der andere Vertragsstaat nicht zur Hauptsache einläßt, ohne die Einrede der mangelnden Zuständigkeit des Gerichts erhoben zu haben.

(3) Auf Verfahren, die nach diesem Artikel gegen einen Vertragsstaat anhängig gemacht werden, ist Kapitel II anzuwenden.

(4) Die Erklärung nach Absatz 1 kann durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Zurücknahme wird drei Monate nach ihrem Eingang wirksam, berührt aber nicht die vor Ablauf dieser Frist eingeleiteten Verfahren.

Article 25

1. Any Contracting State which has made a declaration under Article 24 shall, in cases not falling within Articles 1 to 13, give effect to a judgment given by a court of another Contracting State which has made a like declaration:

(a) it the conditions prescribed in paragraph 1 (b) of Article 20 have been fulfilled; and

Article 25

1. Tout Etat Contractant ayant fait la déclaration prévue à l'article 24 doit donner effet à un jugement rendu, en dehors des cas relevant des articles 1 à 13, par un tribunal d'un autre Etat Contractant qui a fait une telle déclaration:

(a) si les conditions prévues au paragraphe 1, lettre (b), de l'article 20 sont remplies; et

Artikel 25

(1) Jeder Vertragsstaat, der die Erklärung nach Artikel 24 abgegeben hat, muß in anderen als den Fällen der Artikel 1 bis 13 die Entscheidung eines Gerichts eines anderen Vertragsstaats, der die Erklärung ebenfalls abgegeben hat, erfüllen,

a) wenn die Voraussetzungen des Artikels 20 Absatz 1 Buchstabe b vorliegen und

(b) if the court is considered to have jurisdiction in accordance with the following paragraphs.

2. However, the Contracting State is not obliged to give effect to such a judgment:

(a) if there is a ground for refusal as provided for in paragraph 2 of Article 20; or

(b) if the provisions of paragraph 2 of Article 24 have not been observed.

3. Subject to the provisions of paragraph 4, a court of a Contracting State shall be considered to have jurisdiction for the purpose of paragraph 1 (b):

(a) if its jurisdiction is recognised in accordance with the provisions of an agreement to which the State of the forum and the other Contracting State are Parties;

(b) where there is no agreement between the two States concerning the recognition and enforcement of judgments in civil matters, if the courts of the State of the forum would have been entitled to assume jurisdiction had they applied, *mutatis mutandis*, the rules of jurisdiction (other than those mentioned in the Annex to the present Convention) which operate in the State against which the judgment was given. This provision does not apply to questions arising out of contracts.

4. The Contracting States having made the declaration provided for in Article 24 may, by means of a supplementary agreement to this Convention, determine the circumstances in which their courts shall be considered to have jurisdiction for the purposes of paragraph 1 (b) of this Article.

5. If the Contracting State does not give effect to the judgment, the procedure provided for in Article 21 may be used.

(b) si le tribunal est considéré comme compétent, en vertu des paragraphes suivants.

2. Toutefois, l'Etat Contractant n'est pas tenu de donner effet à un tel jugement:

(a) s'il existe un cas de refus prévu au paragraphe 2 de l'article 20; ou

(b) si les dispositions du paragraphe 2 de l'article 24 ont été méconnues.

3. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4, un tribunal d'un Etat Contractant est considéré comme compétent au sens du paragraphe 1, lettre (b):

(a) si sa compétence est reconnue par un accord auquel sont parties l'Etat du for et l'autre Etat Contractant;

(b) à défaut d'un accord entre les deux Etats concernant la reconnaissance et l'exécution des jugements en matière civile, lorsque les tribunaux de l'Etat du for auraient été compétents s'ils avaient appliqué, mutatis mutandis, les règles de compétence, autres que celles mentionnées à l'Annexe de la présente Convention, en vigueur dans l'Etat contre lequel le jugement a été rendu. La présente disposition ne s'applique pas en matière contractuelle.

4. Deux Etats Contractants ayant fait la déclaration prévue à l'article 24 peuvent, par un accord complémentaire à la présente Convention, déterminer les circonstances dans lesquelles leurs tribunaux seront considérés comme compétents au sens du paragraphe 1, lettre (b).

5. Si l'Etat ne donne pas effet au jugement, la procédure prévue à l'article 21 peut être utilisée.

b) wenn das Gericht nach den folgenden Absätzen als zuständig anzusehen ist.

(2) Der Vertragsstaat ist jedoch nicht verpflichtet, eine solche Entscheidung zu erfüllen,

a) wenn einer der Ablehnungsgründe des Artikels 20 Absatz 2 vorliegt oder

b) wenn Artikel 24 Absatz 2 verletzt worden ist.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 4 gilt ein Gericht eines Vertragsstaats als zuständig im Sinne des Absatzes 1 Buchstabe b,

a) wenn seine Zuständigkeit durch eine Vereinbarung anerkannt ist, die zwischen dem Gerichtsstaat und dem anderen Vertragsstaat in Kraft ist,

b) bei Fehlen einer Vereinbarung zwischen den beiden Staaten über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivilsachen, wenn die Gerichte im Gerichtsstaat zuständig gewesen wären, hätten sie die in dem Staat, gegen den die Entscheidung ergangen ist, geltenden Zuständigkeitsvorschriften – mit Ausnahme der Zuständigkeitsvorschriften in der Anlage zu diesem Übereinkommen – entsprechend angewendet. Diese Bestimmung gilt nicht für den Bereich des Vertragsrechts.

(4) Vertragsstaaten, die eine Erklärung nach Artikel 24 abgegeben haben, können in einer Zusatzvereinbarung zu diesem Übereinkommen die Voraussetzungen festlegen, unter denen ihre Gerichte als zuständig im Sinne des Absatzes 1 Buchstabe b anzusehen sind.

(5) Erfüllt der Staat die Entscheidung nicht, so kann von dem in Artikel 21 vorgesehenen Verfahren Gebrauch gemacht werden.

Article 26

Notwithstanding the provisions of Article 23, a judgment rendered against a Contracting State in proceedings relating to an industrial or commercial activity, in which the State is engaged in the same manner as a private person, may be enforced in the State of the forum against property of the State against which judgment has been given, used exclusively in connection with such an activity, if:

(a) both the State of the forum and the State against which the judgment has been given have made declarations under Article 24;

(b) the proceedings which resulted in the judgment fell within Articles 1 to 13 or were instituted in accordance with paragraphs 1 and 2 of Article 24; and

Article 26

Nonobstant les dispositions de l'article 23, un jugement rendu contre un Etat Contractant dans une procédure relative à une activité industrielle ou commerciale exercée par l'Etat de la même manière qu'une personne privée peut être exécuté dans l'Etat du for sur des biens, utilisés exclusivement pour une telle activité, de l'Etat contre lequel le jugement a été rendu si:

(a) l'Etat du for et l'Etat contre lequel le jugement a été rendu ont fait la déclaration prévue à l'article 24;

(b) la procédure qui a donné lieu au jugement relève des articles 1 à 13 ou a été engagée en conformité des dispositions de l'article 24, paragraphes 1 et 2; et

Artikel 26

Abweichend von Artikel 23 kann eine Entscheidung, die gegen einen Vertragsstaat in einem Verfahren betreffend eine von dem Staat auf die gleiche Weise wie von einer Privatperson ausgeübte gewerbliche oder kaufmännische Tätigkeit ergangen ist, im Gerichtsstaat gegen das ausschließlich für eine solche Tätigkeit verwendete Vermögen des Staates vollstreckt werden, gegen den die Entscheidung ergangen ist,

a) wenn der Gerichtsstaat und der Staat, gegen den die Entscheidung ergangen ist, die Erklärung nach Artikel 24 abgegeben haben,

b) wenn das Verfahren, das zu der Entscheidung geführt hat, unter die Artikel 1 bis 13 fällt oder nach Artikel 24 Absätze 1 und 2 eingeleitet worden ist und

(c) the judgment satisfies the requirements laid down in paragraph 1 (b) of Article 20.

(c) le jugement remplit les conditions prévues à l'article 20, paragraphe 1, lettre (b).

c) wenn die Entscheidung die Voraussetzungen des Artikels 20 Absatz 1 Buchstabe b erfüllt.

Chapter V
General provisions

Article 27

1. For the purposes of the present Convention, the expression "Contracting State" shall not include any legal entity of a Contracting State which is distinct therefrom and is capaple of suing or being sued, even if that entity has been entrusted with public functions.

2. Proceedings may be instituted against any entity referred to in paragraph 1 before the courts of another Contracting State in the same manner as against a private person; however, the courts may not entertain proceedings in respect of acts performed by the entity in the exercise of sovereign authority (*acta jure imperii*).

3. Proceedings may in any event be instituted against any such entity before those courts if, in corresponding circumstances, the courts would have had jurisdiction if the proceedings had been instituted against a Contracting State.

Article 28

1. Without prejudice to the provisions of Article 27, the constituent States of a Federal State do not enjoy immunity.

2. However, a Federal State Party to the present Convention, may, by notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe, declare that its constituent States may invoke the provisions of the Convention applicable to Contracting States, and have the same obligations.

3. Where a Federal State has made a declaration in accordance with paragraph 2, service of documents on a constituent State of a Federation shall be made on the Ministry of Foreign Affairs of the Federal State, in conformity with Article 16.

4. The Federal State alone is competent to make the declarations, notifications and communications provided for in the present Convention, and the Federal State alone may be party to proceedings pursuant to Article 34.

Article 29

The present Convention shall not apply to proceedings concerning:

(a) social security;

(b) damage or injury in nuclear matters;

(c) customs duties, taxes or penalties.

Chapitre V
Dispositions générales

Article 27

1. Aux fins de la présente Convention, l'expression «Etat Contractant» n'inclut pas une entité d'un Etat Contractant distincte de celui-ci et ayant la capacité d'ester en justice, même lorsqu'elle est chargée d'exercer des fonctions publiques.

2. Toute entité visée au paragraphe 1 peut être attraite devant les tribunaux d'un autre Etat Contractant comme une personne privée; toutefois, ces tribunaux ne peuvent pas connaître des actes accomplis par elle dans l'exercice de la puissance publique (acta jure imperii).

3. Une telle entité peut en tout cas être attraite devant ces tribunaux lorsque ceux-ci, dans des circonstances analogues, auraient pu connaître de la procédure si elle avait été engagée contre un Etat Contractant.

Article 28

1. Les Etats membres d'un Etat fédéral ne bénéficient pas de l'immunité, sans préjudice des dispositions de l'article 27.

2. Toutefois, un Etat fédéral, Partie à la présente Convention, peut déclarer, par notification adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, que ses Etats membres peuvent invoquer les dispositions de la Convention applicables aux Etats Contractants et ont les mêmes obligations que ces derniers.

3. Lorsqu'une déclaration a été faite en vertu du paragraphe 2, les significations et notifications destinées à un Etat membre de l'Etat fédéral seront, conformément à l'article 16, faites au Ministère des Affaires étrangères de l'Etat fédéral.

4. Seul l'Etat fédéral est habilité à faire les déclarations, notifications et communications prévues dans la présente Convention et lui seul peut être partie à une procédure prévue à l'article 34.

Article 29

La présente Convention n'est pas applicable aux procédures en matière:

(a) de sécurité sociale;

(b) de dommages dans le domaine nucléaire;

(c) de taxes ou d'amendes, de droits de douane, d'impôts.

Kapitel V
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 27

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens schließt der Ausdruck „Vertragsstaat" einen Rechtsträger eines Vertragsstaats nicht ein, der sich von diesem unterscheidet und die Fähigkeit hat, vor Gericht aufzutreten, selbst wenn er mit öffentlichen Aufgaben betraut ist.

(2) Jeder in Absatz 1 bezeichnete Rechtsträger kann vor den Gerichten eines anderen Vertragsstaats wie eine Privatperson in Anspruch genommen werden; diese Gerichte können jedoch nicht über in Ausübung der Hoheitsgewalt vorgenommene Handlungen (acta iure imperii) des Rechtsträgers entscheiden.

(3) Ein solcher Rechtsträger kann in jedem Fall vor diesen Gerichten in Anspruch genommen werden, wenn sie unter gleichartigen Voraussetzungen in einem Verfahren gegen einen Vertragsstaat hätten entscheiden dürfen.

Artikel 28

(1) Unbeschadet des Artikels 27 genießen die Gliedstaaten eines Bundesstaats keine Immunität.

(2) Ein Bundesstaat, der diesem Übereinkommen angehört, kann jedoch durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation erklären, daß seine Gliedstaaten sich auf die für Vertragsstaaten geltenden Vorschriften dieses Übereinkommens berufen können und die gleichen Pflichten haben wie diese.

(3) Ist eine Erklärung nach Absatz 2 abgegeben worden, so sind Zustellungen an einen Gliedstaat nach Artikel 16 an das Außenministerium des Bundesstaats vorzunehmen.

(4) Nur der Bundesstaat ist befugt, die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Erklärungen, Notifikationen und Mitteilungen vorzunehmen, und nur er kann Partei eines Verfahrens nach Artikel 34 sein.

Artikel 29

Dieses Übereinkommen ist nicht anzuwenden auf Verfahren betreffend

a) die soziale Sicherheit,

b) Schäden durch Kernenergie,

c) Zölle, Steuern, Abgaben und Geldstrafen.

Article 30

The present Convention shall not apply to proceedings in respect of claims relating to the operation of seagoing vessels owned or operated by a Contracting State or to the carriage of cargoes and of passengers by such vessels or to the carriage of cargoes owned by a Contracting State and carried on board merchant vessels.

Article 31

Nothing in this Convention shall affect any immunities or privileges enjoyed by a Contracting State in respect of anything done or omitted to be done by, or in relation to, its armed forces when on the territory of another Contracting State.

Article 32

Nothing in the present Convention shall affect privileges and immunities relating to the exercise of the functions of diplomatic missions and consular posts and of persons connected with them.

Article 33

Nothing in the present Convention shall affect existing or future international agreements in special fields which relate to matters dealt with in the present Convention.

Article 34

1. Any dispute which might arise between two or more Contracting States concerning the interpretation or application of the present Convention shall be submitted to the International Court of Justice on the application of one of the parties to the dispute or by special agreement unless the parties agree on a different method of peaceful settlement of the dispute.

2. However, proceedings may not be instituted before the International Court of Justice which relate to:

(a) a dispute concerning a question arising in proceedings instituted against a Contracting State before a court of another Contracting State, before the court has given a judgment which fulfils the condition provided for in paragraph 1 (b) of Article 20;

(b) a dispute concerning a question arising in proceedings instituted before a court of a Contracting State in accordance with paragraph 1 of Article 21, before the court has rendered a final decision in such proceedings.

Article 30

La présente Convention n'est pas applicable aux procédures concernant les réclamations relatives à l'exploitation de navires de mer appartenant à un Etat Contractant ou exploités par lui, au transport de cargaisons et de passagers par ces navires ou au transport de cargaisons appartenant à un Etat Contractant, effectué à bord de navires de commerce.

Article 31

Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux immunités ou privilèges dont un Etat Contractant jouit en ce qui concerne tout acte ou omission de ses forces armées ou en relation avec celles-ci, lorsqu'elles se trouvent sur le territoire d'un autre Etat Contractant.

Article 32

Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux privilèges et immunités relatifs à l'exercice des fonctions des missions diplomatiques et des postes consulaires, ainsi que des personnes qui y sont attachées.

Article 33

Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux autres accords internationaux conclus ou à conclure et qui, dans des matières particulières, traitent de questions faisant l'objet de la présente Convention.

Article 34

1. Les différends qui pourraient s'élever entre deux ou plusieurs Etats Contractants au sujet de l'interprétation ou de l'application de la présente Convention sont soumis à la Cour Internationale de Justice par voie de requête de l'une des parties au différend ou par voie de compromis, à moins que celles-ci ne conviennent d'un autre mode de règlement pacifique du différend.

2. Toutefois, la Cour Internationale de Justice ne peut être saisie:

(a) d'un différend qui porte sur une question soulevée dans une procédure introduite contre un Etat Contractant devant un tribunal d'un autre Etat Contractant, avant que ce tribunal n'ait rendu un jugement remplissant les conditions prévues à l'article 20, paragraphe 1, lettre (b);

(b) d'un différend qui porte sur une question soulevée dans une procédure introduite devant un tribunal d'un Etat Contractant conformément à l'article 21, paragraphe 1, avant qu'il n'ait été statué définitivement dans cette procédure.

Artikel 30

Dieses Übereinkommen ist auf Verfahren nicht anzuwenden, die Ansprüche aus dem Betrieb von einem Vertragsstaat gehörenden oder von ihm verwendeten Seeschiffen, der Beförderung von Ladungen und Reisenden durch diese Schiffe oder der Beförderung von einem Vertragsstaat gehörenden Ladungen an Bord von Handelsschiffen zum Gegenstand haben.

Artikel 31

Dieses Übereinkommen berührt nicht die Immunitäten oder Vorrechte, die ein Vertragsstaat für alle Handlungen oder Unterlassungen genießt, die von seinen Streitkräften oder im Zusammenhang mit diesen im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats begangen werden.

Artikel 32

Dieses Übereinkommen berührt nicht die Vorrechte und Immunitäten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Aufgaben der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen sowie der diesen angehörenden Personen.

Artikel 33

Dieses Übereinkommen berührt nicht bestehende oder künftige internationale Übereinkünfte, die für besondere Rechtsgebiete Fragen behandeln, die Gegenstand dieses Übereinkommens sind.

Artikel 34

(1) Zwischen zwei oder mehreren Vertragsstaaten entstehende Streitigkeiten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Übereinkommens sind auf Antrag eines der an der Streitigkeit beteiligten Staaten oder im gegenseitigen Einvernehmen dem Internationalen Gerichtshof vorzulegen, es sei denn, daß sich die Parteien auf eine andere Art der friedlichen Beilegung einigen.

(2) Der Internationale Gerichtshof kann jedoch nicht angerufen werden

a) wegen einer Streitigkeit, die eine bereits in einem vor dem Gericht eines Vertragsstaats gegen einen anderen Vertragsstaat eingeleiteten Verfahren aufgeworfene Frage zum Gegenstand hat, bevor dieses Gericht eine den Voraussetzungen des Artikels 20 Absatz 1 Buchstabe b entsprechende Entscheidung erlassen hat,

b) wegen einer Streitigkeit, die eine bereits in einem vor dem Gericht eines Vertragsstaats nach Artikel 21 Absatz 1 eingeleiteten Verfahren aufgeworfene Frage zum Gegenstand hat, bevor dieses Gericht in dem Verfahren endgültig entschieden hat.

Article 35

1. The present Convention shall apply only to proceedings introduced after its entry into force.

2. When a State has become Party to this Convention after it has entered into force, the Convention shall apply only to proceedings introduced after it has entered into force with respect to that State.

3. Nothing in this Convention shall apply to proceedings arising out of, or judgments based on, acts, omissions or facts prior to the date on which the present Convention is opened for signature.

Article 35

1. La présente Convention ne s'applique qu'aux actions introduites après son entrée en vigueur.

2. Lorsqu'un Etat est devenu partie à la présente Convention après qu'elle est entrée en vigueur, elle ne s'applique qu'aux actions introduites après son entrée en vigueur à l'égard de cet Etat.

3. Aucune disposition de la présente Convention ne s'applique aux actions et jugements ayant pour objet des actes, omissions ou faits antérieurs à la date d'ouverture à la signature de la présente Convention.

Artikel 35

(1) Dieses Übereinkommen ist nur auf Verfahren anzuwenden, die nach seinem Inkrafttreten eingeleitet werden.

(2) Ist ein Staat Vertragspartei dieses Übereinkommens geworden, nachdem es in Kraft getreten ist, so ist es nur auf Verfahren anzuwenden, die nach seinem Inkrafttreten für den betreffenden Staat eingeleitet werden.

(3) Dieses Übereinkommen ist nicht auf Verfahren und Entscheidungen anzuwenden, die Handlungen, Unterlassungen oder Tatbestände aus der Zeit, bevor das Übereinkommen zur Unterzeichnung aufgelegt worden ist, zum Gegenstand haben.

Chapter VI

Final provisions

Chapitre VI

Dispositions finales

Kapitel VI

Schlußbestimmungen

Article 36

1. The present Convention shall be open to signature by the member States of the Council of Europe. It shall be subject to ratification or acceptance. Instruments of ratification or acceptance shall be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.

2. The Convention shall enter into force three months after the date of the deposit of the third instrument of ratification or acceptance.

3. In respect of a signatory State ratifying or accepting subsequently, the Convention shall enter into force three months after the date of the deposit of its instrument of ratification or acceptance.

Article 36

1. La présente Convention est ouverte à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe. Elle sera ratifiée ou acceptée. Les instruments de ratification ou d'acceptation seront déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La Convention entrera en vigueur trois mois après la date du dépôt du troisième instrument de ratification ou d'acceptation.

3. Elle entrera en vigueur à l'égard de tout Etat signataire qui la ratifiera ou l'acceptera ultérieurement, trois mois après la date du dépôt de son instrument de ratification ou d'acceptation.

Artikel 36

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation oder der Annahme. Die Ratifikations- oder Annahmeurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

(2) Dieses Übereinkommen tritt drei Monate nach Hinterlegung der dritten Ratifikations- oder Annahmeurkunde in Kraft.

(3) Für jeden Unterzeichnerstaat, der das Übereinkommen später ratifiziert oder annimmt, tritt es drei Monate nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Annahmeurkunde in Kraft.

Article 37

1. After the entry into force of the present Convention, the Committee of Ministers of the Council of Europe may, by a decision taken by a unanimous vote ot the members casting a vote, invite any non-member State to accede thereto.

2. Such accession shall be effected by depositing with the Secretary General of the Council of Europe an instrument of accession which shall take effect three months after the date of its deposit.

3. However, if a State having already acceded to the Convention notifies the Secretary General of the Council of Europe of its objection to the accession of another non-member State, before the entry into force of this accession, the Convention shall not apply to the relations between these two States.

Article 37

1. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe, par une décision prise à l'unanimité des voix exprimées, pourra inviter tout Etat non membre du Conseil de l'Europe à adhérer à la présente Convention.

2. L'adhésion s'effectuera par le dépôt, près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, d'un instrument d'adhésion qui prendra effet trois mois après la date de son dépôt.

3. Toutefois, si l'adhésion d'un Etat non membre fait l'objet, avant sa prise d'effet, d'une objection notifiée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe par un Etat qui a adhéré antérieurement à la Convention, celle-ci ne s'applique pas aux relations entre ces deux Etats.

Artikel 37

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarats auf Grund eines mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen gefaßten Beschlusses jeden Nichtmitgliedstaat einladen, dem Übereinkommen beizutreten.

(2) Der Beitritt geschieht durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats und wird drei Monate nach der Hinterlegung wirksam.

(3) Notifiziert jedoch ein Staat, der dem Übereinkommen bereits beigetreten ist, dem Generalsekretär des Europarats einen Einspruch gegen den Beitritt eines anderen Nichtmitgliedstaats, bevor dieser Beitritt wirksam geworden ist, so ist das Übereinkommen auf die Beziehungen zwischen beiden Staaten nicht anzuwenden.

Article 38

1. Any State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance or accession,

Article 38

1. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation

Artikel 38

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Bei-

specify the territory or territories to which the present Convention shall apply.

2. Any State may, when depositing its instrument of ratification, acceptance or accession or at any later date, by declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, extend this Convention to any other territory or territories specified in the declaration and for whose international relations it is responsible or on whose behalf it is authorised to give undertakings.

3. Any declaration made in pursuance of the preceding paragraph may, in respect of any territory mentioned in such declaration, be withdrawn according to the procedure laid down in Article 40 of this Convention.

Article 39

No reservation is permitted to the present Convention.

Article 40

1. Any Contracting State may, in so far as it is concerned, denounce this Convention by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

2. Such denunciation shall take effect six months after the date of receipt by the Secretary General of such notification. This Convention shall, however, continue to apply to proceedings introduced before the date on which the denunciation takes effect, and to judgments given in such proceedings.

Article 41

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council of Europe and any State which has acceded to this Convention of:

(a) any signature;

(b) any deposit of an instrument of ratification, acceptance or accession;

(c) any date of entry into force of this Convention in accordance with Articles 36 and 37 thereof;

(d) any notification received in pursuance of the provisions of paragraph 2 of Article 19;

(e) any communication received in pursuance of the provisions of paragraph 4 of Article 21;

(f) any notification received in pursuance of the provisions of paragraph 1 of Article 24;

(g) the withdrawal of any notification made in pursuance of the provisions of paragraph 4 of Article 24;

(h) any notification received in pursuance of the provisions of paragraph 2 of Article 28;

ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente Convention.

2. Tout Etat peut, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion ou à tout autre moment ultérieur, étendre l'application de la présente Convention, par déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, à tout autre territoire désigné dans la déclaration et dont il assure les relations internationales ou pour lequel il est habilité à stipuler.

3. Toute déclaration faite en vertu du paragraphe précédent pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, aux conditions prévues à l'article 40 de la présente Convention.

Article 39

Aucune réserve n'est admise à la présente Convention.

Article 40

1. Tout Etat Contractant pourra, en ce qui le concerne, dénoncer la présente Convention en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La dénonciation prendra effet six mois après la date de la réception de la notification par le Secrétaire Général. Toutefois, la Convention continuera à s'appliquer aux procédures introduites avant l'expiration de ce délai et aux jugements rendus dans ces procédures.

Article 41

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil et à tout Etat ayant adhéré à la présente Convention:

(a) toute signature;

(b) le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion;

(c) toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention, conformément à ses articles 36 et 37;

(d) toute notification reçue en application des dispositions du paragraphe 2 de l'article 19;

(e) toute communication reçue en application des dispositions du paragraphe 4 de l'article 21;

(f) toute notification reçue en application des dispositions du paragraphe 1 de l'article 24;

(g) le retrait de toute notification effectué en application des dispositions du paragraphe 4 de l'article 24;

(h) toute notification reçue en application des dispositions du paragraphe 2 de l'article 28;

trittsurkunde das oder die Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

(2) Jeder Staat kann bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde oder jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Geltung dieses Übereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken, dessen internationale Beziehungen er wahrnimmt oder für das er Vereinbarungen treffen kann.

(3) Jede nach Absatz 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin genannte Hoheitsgebiet nach Maßgabe des Artikels 40 zurückgenommen werden.

Artikel 39

Vorbehalte zu diesem Übereinkommen sind nicht zugelassen.

Artikel 40

(1) Jeder Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation für sich kündigen.

(2) Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam. Das Übereinkommen bleibt jedoch auf die vor Ablauf dieser Frist eingeleiteten Verfahren und auf die in diesen Verfahren ergangenen Entscheidungen anwendbar.

Artikel 41

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates und jedem Staat, der diesem Übereinkommen beigetreten ist,

a) jede Unterzeichnung;

b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde;

c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach den Artikeln 36 und 37;

d) jede nach Artikel 19 Absatz 2 eingegangene Notifikation;

e) jede nach Artikel 21 Absatz 4 eingegangene Mitteilung;

f) jede nach Artikel 24 Absatz 1 eingegangene Notifikation;

g) jede Zurücknahme einer Notifikation nach Artikel 24 Absatz 4;

h) jede nach Artikel 28 Absatz 2 eingegangene Notifikation;

(i) any notification received in pursuance of the provisions of paragraph 3 of Article 37;

(j) any declaration received in pursuance of the provisions of Article 38;

(k) any notification received in pursuance of the provisions of Article 40 and the date on which denunciation takes effect.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

Done at Basle, this 16th day of May 1972, in English and French, both texts being equally authoritative, in a single copy which shall remain deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each of the signatory and acceding States.

(i) toute notification reçue en application des dispositions du paragraphe 3 de l'article 37;

(j) toute déclaration reçue en application des dispositions de l'article 38;

(k) toute notification reçue en application des dispositions de l'article 40 et la date à laquelle la dénonciation prendra effet.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Bâle, le 16 mai 1972, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats signataires et adhérents.

i) jede nach Artikel 37 Absatz 3 eingegangene Notifikation;

j) jede nach Artikel 38 eingegangene Erklärung;

k) jede nach Artikel 40 eingegangene Notifikation und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Basel am 16. Mai 1972 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und allen beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften.

Annex

The grounds of jurisdiction referred to in paragraph 3, sub-paragraph (a), of Article 20, paragraph 2 of Article 24 and paragraph 3, sub-paragraph (b), of Article 25 are the following:

(a) the presence in the territory of the State of the forum of property belonging to the defendant, or the seizure by the plaintiff of property situated there, unless

- the action is brought to assert proprietary or possessory rights in that property, or arises from another issue relating to such property; or
- the property constitutes the security for a debt which is the subject-matter of the action;

(b) the nationality of the plaintiff;

(c) the domicile, habitual residence or ordinary residence of the plaintiff within the territory of the State of the forum unless the assumption of jurisdiction on such a ground is permitted by way of an exception made on account of the particular subject-matter of a class of contracts;

(d) the fact that the defendant carried on business within the territory of the State of the forum, unless the action arises from that business;

(e) a unilateral specification of the forum by the plaintiff, particularly in an invoice.

A legal person shall be considered to have its domicile or habitual residence where it has its seat, registered office or principal place of business.

Annexe

Les chefs de compétence visés au paragraphe 3, lettre (a), de l'article 20, au paragraphe 2 de l'article 24 et au paragraphe 3, lettre (b), de l'article 25 sont les suivants:

(a) la présence de biens du défendeur ou la saisie de biens par le demandeur, sur le territoire de l'Etat du for, sauf:

- si la demande porte sur la propriété ou la possession desdits biens ou est relative à un autre litige les concernant; ou
- si le litige concerne une créance garantie sur ledit territoire par une sûreté réelle;

(b) la nationalité du demandeur;

(c) le domicile ou la résidence, habituelle ou temporaire, du demandeur dans l'Etat du for, sauf si cette compétence est admise dans certaines relations contractuelles, à raison du caractère particulier de la matière;

(d) le fait que le défendeur a traité des affaires dans l'Etat du for, sans que le litige soit relatif auxdites affaires;

(e) la désignation unilatérale du tribunal par le demandeur notamment dans une facture.

Sont assimilés au domicile et à la résidence habituelle les sièges réel et statutaire et le principal établissement des personnes morales.

Anlage

Die in Artikel 20 Absatz 3 Buchstabe a, Artikel 24 Absatz 2 und Artikel 25 Absatz 3 Buchstabe b genannten Zuständigkeitsgründe sind die folgenden:

a) das Vorhandensein von Vermögenswerten des Beklagten oder die Beschlagnahme von Vermögenswerten durch den Kläger im Gerichtsstaat, es sei denn,

- die Klage betrifft das Eigentum oder den Besitz an den Vermögenswerten oder eine andere Streitigkeit über diese Vermögenswerte;
- die Streitigkeit betrifft eine Forderung, die im Gerichtsstaat durch ein dingliches Recht gesichert ist;

b) die Staatsangehörigkeit des Klägers;

c) der Wohnsitz oder der gewöhnliche oder vorübergehende Aufenthalt des Klägers im Gerichtsstaat, es sei denn, die sich hierauf gründende Zuständigkeit wird für bestimmte vertragliche Beziehungen wegen der besonderen Natur des Vertragsgegenstands zugelassen;

d) die Tatsache, daß der Beklagte im Gerichtsstaat Geschäfte getätigt hat, es sei denn, die Streitigkeit betrifft diese Geschäfte;

e) die einseitige Bestimmung des Gerichts durch den Kläger, namentlich in einer Rechnung.

Dem Wohnsitz und dem gewöhnlichen Aufenthalt werden der tatsächliche und der satzungsmäßige Sitz und die Hauptniederlassung juristischer Personen gleichgestellt.

Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über Staatenimmunität

Additonal Protocol to the European Convention on State Immunity

Protocole additionnel à la Convention européenne sur l'immunité des Etats

The member States of the Council of Europe, signatory to the present Protocol,

Having taken note of the European Convention on State Immunity – hereinafter referred to as "the Convention" – and in particular Articles 21 and 34 thereof;

Desiring to develop the work of harmonisation in the field covered by the Convention by the addition of provisions concerning a European procedure for the settlement of disputes,

Have agreed as follows:

Les Etats membres du Conseil de l'Europe, signataires du présent Protocole,

Vu la Convention européenne sur l'immunité des Etats – ci-après dénommée «la Convention» – et notamment ses articles 21 et 34;

Désirant développer l'œuvre d'harmonisation dans le domaine couvert par la Convention en complétant celle-ci par des dispositions prévoyant une procédure européenne de règlement des différends,

Sont convenus de ce qui suit:

Die Mitgliedstaaten des Europarats, die dieses Protokoll unterzeichnet haben, –

im Hinblick auf das Europäische Übereinkommen über Staatenimmunität – im folgenden als „Übereinkommen" bezeichnet – und namentlich auf seine Artikel 21 und 34,

in dem Wunsch, das Vereinheitlichungswerk auf dem vom Übereinkommen erfaßten Gebiet dadurch weiter auszubauen, daß das Übereinkommen durch Bestimmungen ergänzt wird, die ein europäisches Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten vorsehen, –

haben folgendes vereinbart:

Part I

Article 1

1. Where a judgment has been given against a State Party to the Convention and that State does not give effect thereto, the party which seeks to invoke judgment shall be entitled to have determined the question whether effect should be given to the judgment in conformity with Article 20 or Article 25 of the Convention, by instituting proceedings before either:

(a) the competent court of that State in application of Article 21 of the Convention; or

(b) the European Tribunal constituted in conformity with the provisions of Part III of the present Protocol, provided that that State is a Party to the present Protocol and has not made the declaration referred to in Part IV thereof.

The choice between these two possibilities shall be final.

2. If the State intends to institute proceedings before its court in accordance with the provisions of paragraph 1 of Article 21 of the Convention, it must give notice of its intention to do so to the party in whose favour the judgment has been given; the State may thereafter institute such proceedings only if the party has not, within three months of receiving notice, instituted proceedings before the

Titre I

Article 1

1. Si un jugement a été rendu contre un Etat partie à la Convention et que celui-ci ne lui donne pas effet, la partie qui se prévaut de ce jugement peut demander qu'il soit statué sur le point de savoir si effet doit être donné au jugement conformément aux articles 20 ou 25 de la Convention, en saisissant:

(a) soit, en application de l'article 21 de la Convention, le tribunal compétent de cet Etat;

(b) soit le Tribunal européen constitué conformément aux dispositions du Titre III du présent Protocole, à condition que cet Etat soit partie au présent Protocole sans avoir fait la déclaration prévue au Titre IV de celui-ci.

Le choix entre ces deux possibilités est définitif.

2. Si l'Etat a l'intention de saisir son tribunal dans les conditions prévues au paragraphe 1 de l'article 21 de la Convention, il doit en informer la partie en faveur de laquelle le jugement a été rendu; il ne peut s'adresser à son tribunal que si cette partie n'a pas, dans un délai de trois mois après la réception de l'information, saisi le Tribunal européen. Passé ce délai, la partie en faveur de laquelle le jugement a

Teil I

Artikel 1

(1) Ist gegen einen Staat, der Vertragspartei des Übereinkommens ist, eine Entscheidung ergangen und erfüllt er diese nicht, so kann die Partei, die sich auf die Entscheidung beruft, eine Feststellung darüber verlangen, ob die Entscheidung nach Artikel 20 oder 25 des Übereinkommens erfüllt werden muß, indem sie anruft

a) nach Artikel 21 des Übereinkommens das zuständige Gericht dieses Staates oder

b) das nach Teil III errichtete Europäische Gericht, sofern der Staat diesem Protokoll angehört, aber nicht die in Teil IV vorgesehene Erklärung abgegeben hat.

Die Wahl zwischen diesen beiden Möglichkeiten ist endgültig.

(2) Beabsichtigt der Staat, unter den Voraussetzungen des Artikels 21 Absatz 1 des Übereinkommens ein eigenes Gericht anzurufen, so hat er dies der Partei mitzuteilen, zu deren Gunsten die Entscheidung ergangen ist; er kann sein Gericht erst anrufen, wenn sich die Partei nicht innerhalb von drei Monaten nach Empfang der Mitteilung an das Europäische Gericht gewendet hat. Nach Ablauf

European Tribunal. Once this period has elapsed, the party in whose favour the judgment has been given may no longer institute proceedings before the European Tribunal.

3. Save in so far as may be necessary for the application of Articles 20 and 25 of the Convention, the European Tribunal may not review the merits of the judgment.

été rendu ne peut plus saisir le Tribunal européen.

3. Sous réserve de ce qui est nécessaire pour l'application des articles 20 et 25 de la Convention, le Tribunal européen ne peut procéder à aucun examen du fond du jugement.

dieser Frist kann die Partei, zu deren Gunsten die Entscheidung ergangen ist, das Europäische Gericht nicht mehr anrufen.

(3) Vorbehaltlich der Artikel 20 und 25 des Übereinkommens darf das Europäische Gericht die Entscheidung in der Sache selbst nicht nachprüfen.

Part II

Article 2

1. Any dispute which might arise between two or more States Parties to the present Protocol concerning the interpretation or application of the Convention shall be submitted, on the application of one of the parties to the dispute or by special agreement, to the European Tribunal constituted in conformity with the provisions of Part III of the present Protocol. The States Parties to the present Protocol undertake not to submit such a dispute to a different mode of settlement.

2. If the dispute concerns a question arising in proceedings instituted before a court of one State Party to the Convention against another State Party to the Convention, or a question arising in proceedings instituted before a court of a State Party to the Convention in accordance with Article 21 of the Convention, it may not be referred to the European Tribunal until the court has given a final decision in such proceedings.

3. Proceedings may not be instituted before the European Tribunal which relate to a dispute concerning a judgment which it has already determined or is required to determine by virtue of Part I of this Protocol.

Article 3

Nothing in the present Protocol shall be interpreted as preventing the European Tribunal from determining any dispute which might arise between two or more States Parties to the Convention concerning the interpretation or application thereof and which might be submitted to it by special agreement, even if these States, or any of them, are not Parties to the present Protocol.

Titre II

Article 2

1. Les différends qui pourraient s'élever entre deux ou plusieurs Etats parties au présent Protocole au sujet de l'interprétation ou de l'application de la Convention sont soumis, par voie de requête de l'une des parties au différend ou par voie de compromis, au Tribunal européen constitué conformément aux dispositions du Titre III du présent Protocole. Les Etats parties au présent Protocole s'engagent à ne pas soumettre un tel différend à un autre mode de règlement.

2. Si le différend porte sur une question soulevée dans une procédure introduite devant un tribunal d'un Etat partie à la Convention contre un autre Etat partie à la Convention ou sur une question soulevée dans une procédure introduite devant un tribunal d'un Etat partie à la Convention conformément à l'article 21 de la Convention, le Tribunal européen ne peut être saisi avant qu'il n'ait été statué définitivement dans cette procédure.

3. Le Tribunal européen ne peut être saisi d'un différend qui porte sur un jugement dont il a déjà eu à connaître ou dont il a à connaître en vertu du Titre I du présent Protocole.

Article 3

Aucune disposition du présent Protocole ne peut être interprétée comme empêchant le Tribunal européen de statuer sur des différends qui pourraient s'élever entre deux ou plusieurs Etats parties à la Convention au sujet de l'interprétation ou de l'application de celle-ci et qui lui seraient soumis par voie de compromis, même si ces Etats ou tel d'entre eux ne sont point parties au présent Protocole.

Teil II

Artikel 2

(1) Zwischen zwei oder mehreren Staaten, die Vertragsparteien des Übereinkommens und dieses Protokolls sind, entstehende Streitigkeiten über die Auslegung oder die Anwendung des Übereinkommens sind auf Antrag eines der an der Streitigkeit beteiligten Staaten oder im gegenseitigen Einvernehmen dem nach Teil III dieses Protokolls errichteten Europäischen Gericht vorzulegen. Die diesem Protokoll angehörenden Staaten verpflichten sich, eine solche Streitigkeit keinem anderen Verfahren zur Beilegung zu unterwerfen.

(2) Hat die Streitigkeit eine Frage zum Gegenstand, die bereits in einem vor dem Gericht eines Mitgliedstaats des Übereinkommens gegen einen anderen Mitgliedstaat des Übereinkommens eingeleiteten Verfahren oder in einem Verfahren nach Artikel 21 des Übereinkommens vor einem Gericht eines Mitgliedstaats des Übereinkommens aufgeworfen worden ist, so kann das Europäische Gericht nicht angerufen werden, bevor in dem betreffenden Verfahren endgültig entschieden worden ist.

(3) Das Europäische Gericht darf nicht wegen einer Streitigkeit angerufen werden, die sich auf eine Entscheidung bezieht, über die es auf Grund des Teiles I bereits befunden oder noch zu befinden hat.

Artikel 3

Dieses Protokoll darf nicht so ausgelegt werden, daß es das Europäische Gericht daran hindert, über Streitigkeiten zu befinden, die zwischen zwei oder mehreren Mitgliedstaaten des Übereinkommens über dessen Auslegung oder Anwendung entstehen und ihm im gegenseitigen Einvernehmen vorgelegt werden, selbst wenn diese Staaten oder einzelne unter ihnen diesem Protokoll nicht angehören.

Part III

Article 4

1. There shall be established a European Tribunal in matters of State Immunity to determine cases brought before it in conformity with the provisions of Parts I and II of the present Protocol.

Titre III

Article 4

1. Il est institué un Tribunal européen en matière d'immunité des Etats, chargé de connaître des affaires portées devant lui conformément aux dispositions des Titres I et II du présent Protocole.

Teil III

Artikel 4

(1) Es wird ein Europäisches Gericht für Staatenimmunität errichtet, dessen Aufgabe es ist, über die ihm gemäß den Teilen I und II unterbreiteten Angelegenheiten zu entscheiden.

2. The European Tribunal shall consist of the members of the European Court of Human Rights and, in respect of each non-member State of the Council of Europe which has acceded to the present Protocol, a person possessing the qualifications required of members of that Court designated, with the agreement of the Committee of Ministers of the Council of Europe, by the government of that State for a period of nine years.

3. The President of the European Tribunal shall be the President of the European Court of Human Rights.

Article 5

1. Where proceedings are instituted before the European Tribunal in accordance with the provisions of Part I of the present Protocol, the European Tribunal shall consist of a Chamber composed of seven members. There shall sit as *ex officio* members of the Chamber the member of the European Tribunal who is a national of the State against which the judgment has been given and the member of the European Tribunal who is a national of the State of the forum, or, should there be no such member in one or the other case, a person designated by the government of the State concerned to sit in the capacity of a member of the Chamber. The names of the other five members shall be chosen by lot by the President of the European Tribunal in the presence of the Registrar.

2. Where proceedings are instituted before the European Tribunal in accordance with the provisions of Part II of the present Protocol, the Chamber shall be constituted in the manner provided for in the preceding paragraph. However, there shall sit as *ex officio* members of the Chamber the members of the European Tribunal who are nationals of the States parties to the dispute or, should there be no such member, a person designated by the government of the State concerned to sit in the capacity of a member of the Chamber.

3. Where a case pending before a Chamber raises a serious question affecting the interpretation of the Convention or of the present Protocol, the Chamber may, at any time, relinquish jurisdiction in favour of the European Tribunal meeting in plenary session. The relinquishment of jurisdiction shall be obligatory where the resolution of such question might have a result inconsistent with a judgment previously delivered by a Chamber or by the European Tribunal meeting in plenary session. The relinquishment of jurisdiction shall be final. Reasons need not be given for the decision to relinquish jurisdiction.

Article 6

1. The European Tribunal shall decide any disputes as to whether the Tribunal has jurisdiction.

2. Le Tribunal européen, est composé des membres de la Cour européenne des Droits de l'Homme et, pour chaque Etat non membre du Conseil de l'Europe ayant adhéré au présent Protocole, d'une personne réunissant les qualifications requises des membres de ladite Cour et désignée, avec l'accord du Comité des Ministres du Conseil de l'Europe, par le gouvernement de cet Etat pour une durée de neuf ans.

3. La présidence du Tribunal européen appartient au Président de la Cour européenne des Droits de l'Homme.

Article 5

1. Lorsque le Tribunal européen est saisi d'une affaire dans les conditions prévues au Titre I du présent Protocole, il se constitue en Chambre de sept membres. En font partie de plein droit le membre du Tribunal européen ressortissant de l'Etat contre lequel le jugement a été rendu et le membre du Tribunal européen ressortissant de l'Etat du for ou, à défaut de l'un ou de l'autre, une personne désignée par le gouvernement de l'Etat intéressé pour siéger en qualité de membre de la Chambre. Les noms des cinq autres membres sont tirés au sort par le président du Tribunal européen en présence du Greffier.

2. Lorsque le Tribunal européen est saisi d'une affaire dans les conditions prévues au Titre II du présent Protocole, il est procédé de la manière prévue au paragraphe précédent. Toutefois, font partie de plein droit de la Chambre les membres du Tribunal européen ressortissants de l'un des Etats parties au différend ou, à défaut, une personne désignée par le gouvernement de l'Etat intéressé pour siéger en qualité de membre de la Chambre.

3. Si l'affaire pendante devant la Chambre soulève une question grave qui touche à l'interprétation de la Convention ou du présent Protocole, la Chambre peut à tout moment se dessaisir au profit du Tribunal européen réuni en session plénière. Ce dessaisissement est obligatoire si la solution d'une telle question risque de conduire à une contradiction avec un arrêt rendu antérieurement par une Chambre ou par le Tribunal européen réuni en session plénière. Le dessaisissement est définitif. La décision de dessaisissement n'a pas besoin d'être motivée.

Article 6

1. Le Tribunal européen décide de toute contestation sur le point de savoir s'il est compétent.

(2) Das Europäische Gericht besteht aus den Mitgliedern des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und, für jeden diesem Protokoll beigetretenen Nichtmitgliedstaat des Europarats, aus einer Persönlichkeit, die die für Mitglieder des genannten Gerichtshofs erforderliche Befähigung hat und mit Zustimmung des Ministerkomitees des Europarats von der Regierung dieses Staates für die Dauer von neun Jahren ernannt ist.

(3) Präsident des Europäischen Gerichts ist der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Artikel 5

(1) Wird das Europäische Gericht wegen einer Angelegenheit nach Teil I angerufen, so wird eine Kammer gebildet, die aus sieben Mitgliedern besteht. Von Amts wegen gehören dieser Kammer das Mitglied des Europäischen Gerichts an, das Angehöriger des Staates ist, gegen den die Entscheidung ergangen ist, sowie das Mitglied, das Angehöriger des Gerichtsstaats ist, oder in Ermangelung des einen oder des anderen eine von der Regierung des betreffenden Staates bestimmte Persönlichkeit, die als Mitglied der Kammer tätig werden soll. Die Namen der fünf anderen Mitglieder der Kammer werden vom Präsidenten des Europäischen Gerichts in Anwesenheit des Sekretärs des Gerichts durch das Los ermittelt.

(2) Wird das Europäische Gericht wegen einer Angelegenheit nach Teil II angerufen, so wird in der in Absatz 1 vorgesehenen Weise verfahren. Jedoch gehören dieser Kammer von Amts wegen die Mitglieder des Europäischen Gerichts an, die Angehörige eines der an der Streitigkeit beteiligten Staaten sind, oder in Ermangelung eines solchen Mitglieds eine von der Regierung des betreffenden Staates bestimmte Persönlichkeit, die als Mitglied der Kammer tätig werden soll.

(3) Stellt sich in dem vor der Kammer anhängigen Verfahren eine schwerwiegende, die Auslegung des Übereinkommens oder dieses Protokolls betreffende Frage, so kann die Kammer die Sache jederzeit an die Plenarversammlung des Europäischen Gerichts zur Entscheidung überweisen. Die Sache muß überwiesen werden, wenn die Entscheidung über eine solche Frage zu einem Widerspruch mit einer früheren Entscheidung einer Kammer oder der Plenarversammlung des Europäischen Gerichts führen könnte. Die Überweisung ist endgültig. Die Entscheidung über die Überweisung bedarf keiner Begründung.

Artikel 6

(1) Das Europäische Gericht entscheidet über jede Einrede, mit der seine mangelnde Zuständigkeit geltend gemacht wird.

2. The hearings of the European Tribunal shall be public unless the Tribunal in exceptional circumstances decides otherwise.

3. The judgments of the European Tribunal, taken by a majority of the members present, are to be delivered in public session. Reasons shall be given for the judgment of the European Tribunal. If the judgment does not represent in whole or in part the unanimous opinion of the European Tribunal, any member shall be entitled to deliver a separate opinion.

4. The judgments of the European Tribunal shall be final and binding upon the parties.

Article 7

1. The European Tribunal shall draw up its own rules and fix its own procedure.

2. The Registry of the European Tribunal shall be provided by the Registrar of the European Court of Human Rights.

Article 8

1. The operating costs of the European Tribunal shall be borne by the Council of Europe. States non-members of the Council of Europe having acceded to the present Protocol shall contribute thereto in a manner to be decided by the Committee of Ministers after agreement with these States.

2. The members of the European Tribunal shall receive for each day of duty a compensation to be determined by the Committee of Ministers.

Part IV

Article 9

1. Any State may, by notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe at the moment of its signature of the present Protocol, or of the deposit of its instrument of ratification, acceptance or accession thereto, declare that it will only be bound by Parts II to V of the present Protocol.

2. Such a notification may be withdrawn at any time.

Part V

Article 10

1. The present Protocol shall be open to signature by the member States of the Council of Europe which have signed the Convention. It shall be subject to ratification or acceptance. Instruments of ratifi-

2. Les audiences du Tribunal européen sont publiques à moins qu'il n'en décide autrement en raison de circonstances exceptionnelles.

3. Les arrêts du Tribunal européen, pris à la majorité des membres présents, sont motivés et rendus en séance publique. Si l'arrêt n'exprime pas en tout ou en partie l'opinion unanime du Tribunal européen, tout membre a le droit d'y joindre l'exposé de son opinion.

4. Les arrêts du Tribunal européen sont définitifs et obligatoires.

Article 7

1. Le Tribunal européen établit son règlement et fixe sa procédure.

2. Le Greffe du Tribunal européen est assuré par le Greffier de la Cour européenne des Droits de l'Homme.

Article 8

1. Les frais de fonctionnement du Tribunal européen sont à la charge du Conseil de l'Europe. Les Etats non membres du Conseil ayant adhéré au présent Protocole y participent selon des modalités à fixer par le Comité des Ministres après accord avec eux.

2. Les membres du Tribunal européen reçoivent une indemnité par jour de fonctions, à fixer par le Comité des Ministres.

Titre IV

Article 9

1. Tout Etat peut, par une notification faite au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe au moment de la signature du présent Protocole ou du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion y relatif, déclarer limiter, en ce qui le concerne, l'application du présent Protocole aux seuls Titres II à V.

2. Une telle notification peut être retirée à tout moment par la suite.

Titre V

Article 10

1. Le présent Protocole est ouvert à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe qui ont signé la Convention. Il sera ratifié ou accepté. Les instruments de ratification ou d'acceptation seront

(2) Die Verhandlungen des Europäischen Gerichts sind öffentlich, sofern es nicht wegen außergewöhnlicher Umstände etwas anderes beschließt.

(3) Die Entscheidungen des Europäischen Gerichts werden mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder erlassen, mit Gründen versehen und in öffentlicher Verhandlung verkündet. Bringt die Entscheidung im ganzen oder in einzelnen Teilen nicht die übereinstimmende Ansicht des Europäischen Gerichts zum Ausdruck, so hat jedes Mitglied das Recht, eine Darlegung seiner eigenen Ansicht beizufügen.

(4) Die Entscheidungen des Europäischen Gerichts sind endgültig und für die Parteien verbindlich.

Artikel 7

(1) Das Europäische Gericht gibt sich seine Geschäftsordnung und bestimmt die Verfahrensvorschriften.

(2) Die Aufgaben des Sekretariats des Europäischen Gerichts werden vom Sekretär des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wahrgenommen.

Artikel 8

(1) Die Kosten für die Tätigkeit des Europäischen Gerichts werden vom Europarat getragen. Die Nichtmitgliedstaaten des Europarats, die dem Protokoll beigetreten sind, beteiligen sich daran in dem vom Ministerkomitee im Einvernehmen mit ihnen festzusetzenden Ausmaß.

(2) Die Mitglieder des Europäischen Gerichts erhalten für jeden Arbeitstag eine Entschädigung, deren Höhe vom Ministerkomitee festzusetzen ist.

Teil IV

Artikel 9

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung dieses Protokolls oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation erklären, daß er nur durch die Teile II bis V des Protokolls gebunden ist.

(2) Eine solche Notifikation kann jederzeit zurückgenommen werden.

Teil V

Artikel 10

(1) Dieses Protokoll liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats, die das Übereinkommen unterzeichnet haben, zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation oder der Annahme. Die Ratifi-

cation or acceptance shall be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.

2. The present Protocol shall enter into force three months after the date of the deposit of the fifth instrument of ratification or acceptance.

3. In respect of a signatory State ratifying or accepting subsequently, the Protocol shall enter into force three months after the date of the deposit of its instrument of ratification or acceptance.

4. A member State of the Council of Europe may not ratify or accept the present Protocol without having ratified or accepted the Convention.

déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. Le présent Protocole entrera en vigueur trois mois après la date du dépôt du cinquième instrument de ratification ou d'acceptation.

3. Il entrera en vigueur à l'égard de tout Etat signataire qui le ratifiera ou l'acceptera ultérieurement trois mois après la date du dépôt de son instrument de ratification ou d'acceptation.

4. Aucun Etat membre du Conseil de l'Europe ne pourra ratifier ou accepter le présent Protocole sans avoir ratifié ou accepté la Convention.

kations- oder Annahmeurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

(2) Dieses Protokoll tritt drei Monate nach Hinterlegung der fünften Ratifikations- oder Annahmeurkunde in Kraft.

(3) Für jeden Unterzeichnerstaat, der das Protokoll später ratifiziert oder annimmt, tritt es drei Monate nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Annahmeurkunde in Kraft.

(4) Ein Mitgliedstaat des Europarats kann dieses Protokoll nicht ratifizieren oder annehmen, ohne das Übereinkommen ratifiziert oder angenommen zu haben.

Article 11

1. A State which has acceded to the Convention may accede to the present Protocol after the Protocol has entered into force.

2. Such accession shall be effected by depositing with the Secretary General of the Council of Europe an instrument of accession which shall take effect three months after the date of its deposit.

Article 11

1. Tout Etat qui a adhéré à la Convention peut adhérer au présent Protocole après l'entrée en vigueur de celui-ci.

2. L'adhésion s'effectuera par le dépôt, près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, d'un instrument d'adhésion, qui prendra effet trois mois après la date de son dépôt.

Artikel 11

(1) Jeder Staat, der dem Übereinkommen beigetreten ist, kann diesem Protokoll beitreten, nachdem es in Kraft getreten ist.

(2) Der Beitritt geschieht durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats und wird drei Monate nach der Hinterlegung wirksam.

Article 12

No reservation is permitted to the present Protocol.

Article 12

Aucune réserve n'est admise au présent Protocole.

Artikel 12

Vorbehalte zu diesem Protokoll sind nicht zugelassen.

Article 13

1. Any Contracting State may, in so far as it is concerned, denounce the present Protocol by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

2. Such denunciation shall take effect six months after the date of receipt by the Secretary General of such notification. The Protocol shall, however, continue to apply to proceedings introduced in conformity with the provisions of the Protocol before the date on which such denunciation takes effect.

3. Denunciation of the Convention shall automatically entail denunciation of the present Protocol.

Article 13

1. Tout Etat Contractant pourra, en ce qui le concerne, dénoncer le présent Protocole en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La dénonciation prendra effet six mois après la date de la réception de la notification par le Secrétaire Général. Toutefois, le Protocole continuera à s'appliquer aux affaires introduites, conformément à ses dispositions, avant l'expiration de ce délai.

3. La dénonciation de la Convention entraîne de plein droit celle du présent Protocole.

Artikel 13

(1) Jeder Vertragsstaat kann dieses Protokoll durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation für sich kündigen.

(2) Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam. Das Protokoll bleibt jedoch auf die vor Ablauf dieser Frist nach seinen Bestimmungen eingeleiteten Verfahren anwendbar.

(3) Die Kündigung des Übereinkommens bewirkt zugleich die Kündigung dieses Protokolls.

Article 14

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council and any State which has acceded to the Convention of:

(a) any signature of the present Protocol;

(b) any deposit of an instrument of ratification, acceptance or accession;

(c) any date of entry into force of the present Protocol in accordance with Articles 10 and 11 thereof;

Article 14

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil de l'Europe et à tout Etat ayant adhéré à la Convention:

(a) toute signature du présent Protocole;

(b) le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion;

(c) toute date d'entrée en vigueur du présent Protocole conformément à ses articles 10 et 11;

Artikel 14

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates und jedem Staat, der dem Übereinkommen beigetreten ist,

a) jede Unterzeichnung dieses Protokolls;

b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde;

c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls nach den Artikeln 10 und 11;

(d) any notification received in pursuance of the provisions of Part IV and any withdrawal of any such notification;

(e) any notification received in pursuance of the provisions of Article 13 and the date on which such denunciation takes effect.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed the present Protocol.

Done at Basle, this 16th day of May 1972, in English and French, both texts being equally authoritative, in a single copy which shall remain deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each of the signatory and acceding States.

(d) toute notification reçue en application des dispositions du Titre IV et tout retrait d'une telle notification;

(e) toute notification reçue en application des dispositions de l'article 13 et la date à laquelle la dénonciation prendra effet.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Protocole.

Fait à Bâle, le 16 mai 1972, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats signataires et adhérents.

d) jede nach Teil IV eingegangene Notifikation und die Zurücknahme einer solchen Notifikation;

e) jede nach Artikel 13 eingegangene Notifikation und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Basel am 16. Mai 1972 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und allen beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften.

Denkschrift zu dem Übereinkommen

I. Allgemeine Bemerkungen

A.

Die Frage, ob ausländische Staaten der inländischen Gerichtsbarkeit unterworfen sind, hat Lehre und Rechtsprechung aller Kulturnationen seit Jahrhunderten beschäftigt.

Die Gewährung von Staatenimmunität ist ein heute zwar allgemein anerkanntes Gebot des Völkergewohnheitsrechts; inhaltlich hinreichend bestimmte Rechtssätze, die international eine sichere und übereinstimmende Rechtsanwendung gewähren, haben sich bisher jedoch nicht herausgebildet.

Nach der Theorie von der absoluten Staatenimmunität kann ein ausländischer Staat nicht der Gerichtsbarkeit innerstaatlicher Gerichte unterworfen werden, es sei denn, er hat auf seine Immunität verzichtet. Demgegenüber geht die Theorie von der relativen oder beschränkten Staatenimmunität davon aus, daß ein Staat Immunität nur dann genießt, wenn er in Ausübung hoheitlicher Gewalt gehandelt hat (acta iure imperii), nicht aber dann, wenn er wie eine andere natürliche oder juristische Person an privatrechtlichen Beziehungen beteiligt ist (acta iure gestionis). Die Theorie der relativen Staatenimmunität hat angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Betätigung der Staaten international in Rechtslehre und Rechtsprechung mehr und mehr an Boden gewonnen. Sie wird aber nicht einheitlich verstanden. Aus diesen Gründen kann es zu Schwierigkeiten in den internationalen Beziehungen kommen.

Deutschland gehörte vor dem zweiten Weltkrieg zu den Ländern, die ausländischen Staaten und ihren Organen absolute Gerichtsfreiheit gewährten (RGZ 63, 165; 103, 275). Die Zeit ab 1974 ist durch eine zunehmende wirtschaftliche Betätigung der Staaten auf dem gesamten Gebiet der Vorsorge und eine sich rasch entwickelnde Verflechtung der einzelnen nationalen Märkte gekennzeichnet; dies hat eine Hinwendung zum Grundsatz der beschränkten Immunität mit sich gebracht. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Entwicklung in zwei grundlegenden Entscheidungen (BVerfGE 15, 25 ff.; 16, 27 ff.), die in der Rechtslehre Zustimmung gefunden haben, bestätigt. Danach genießt ein Staat Immunität nur im Rahmen seiner hoheitlichen Tätigkeit. Bei der – nach dem Recht des Gerichtsstaates zu beurteilenden – Frage, ob eine Tätigkeit als hoheitlich oder privatrechtlich zu qualifizieren ist, ist grundsätzlich auf die Natur der staatlichen Handlung oder des entstandenen Rechtsverhältnisses abzustellen, nicht aber auf das Motiv oder den Zweck der Staatstätigkeit, da letztlich nahezu jede staatliche Tätigkeit mit hoheitlichen Zwekken und Aufgaben in Zusammenhang steht (BVerfGE 16, 27, 61; Seidl-Hohenveldern, Neue Entwicklungen im Recht der Staatenimmunität, Festschrift für Beitzke 1979, 1081, 1087).

Was die – nach Völkergewohnheitsrecht nicht schlechthin ausgeschlossene – Zwangsvollstreckung gegen einen ausländischen Staat nach deutschem Recht anbelangt, so besteht keine volle Parallelität zwischen der Begrenzung der Immunität im Erkenntnis- und im Vollstreckungsverfahren (BVerfGE 46, 342, 367; Seidl-Hohenveldern, a.a.O., S. 1097), da die Auswirkungen einer Zwangsvollstreckung den ausländischen Staat faktisch erheblich stärker treffen als ein Urteil im Erkenntnisverfahren, die Gefahr von politischen Verwicklungen also größer ist. Besteht für das Erkenntnisverfahren keine Immunität, weil eine privatrechtliche Tätigkeit des ausländischen Staates Gegenstand des Verfahrens ist oder dieser sich der Gerichtsbarkeit unterworfen hat, so bedeutet dies nicht, daß damit auch ohne weiteres die Zwangsvollstreckung zulässig wäre. Für die Frage der Zulässigkeit der Zwangsvollstreckung ist nicht darauf abzustellen, ob der ausländische Staat das Vollstreckungsobjekt als Hoheitsträger oder als Privatrechtsträger besitzt. Entscheidend ist vielmehr, ob das Vollstreckungsobjekt im Zeitpunkt des Beginns der Vollstreckungsmaßnahme hoheitlichen Zwecken des fremden Staates dient (BVerfGE 46, 354).

B.

Die Initiative, im Rahmen des Europarats ein Übereinkommen über die Staatenimmunität auszuarbeiten, geht auf einen Vorschlag der österreichischen Regierung zurück. Mit seiner Entschließung (63)29 vom 13. Dezember 1963 hat das Ministerkomitee des Europarats das Thema Staatenimmunität in das Arbeitsprogramm des Europarats aufgenommen. Entsprechend einer Empfehlung der Europäischen Justizministerkonferenz vom 26. bis 28. Mai 1964 in Dublin hat das Ministerkomitee des Europarats einen Expertenausschuß damit beauftragt, die sich aus der Staatenimmunität ergebenden Probleme zu prüfen und Wege zu deren Lösung aufzuzeigen. In den Jahren von 1965 bis 1970 hat der Expertenausschuß das vorliegende Übereinkommen sowie ein Zusatzprotokoll ausgearbeitet. In dem Expertenausschuß waren neben der Bundesrepublik Deutschland die Staaten Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz und die Türkei vertreten. Übereinkommen und Zusatzprotokoll wurden anläßlich der 7. Konferenz der Europäischen Justizminister in Basel am 16. Mai 1972 zur Unterzeichnung aufgelegt und am gleichen Tage u. a. von der Bundesrepublik Deutschland gezeichnet. Das Übereinkommen wurde bisher von Österreich, Belgien, Zypern, Großbritannien und der Schweiz ratifiziert; es trat am 11. Juni 1976 in Kraft.

Die nachstehenden Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln des Übereinkommens beruhen weitgehend auf einem von den Sachverständigen der Mitgliedstaaten ausgearbeiteten erläuternden Bericht (Rapports explicatifs concernant la Convention européenne sur l'immunité des Etats et le Protocole additionnel, Conseil de l'Europe, Strasbourg 1972).

C.

Das Übereinkommen ist die erste internationale Konvention mit allgemeinen Regeln über die Immunität von

Staaten. Nach seiner Präambel verfolgt es ein doppeltes Ziel. Zum einen stellt es gemeinsame Regeln darüber auf, in welchem Ausmaß ein Staat Immunität vor den Gerichten eines anderen Staates genießt. Zum anderen trifft es Vorkehrungen, um die Durchsetzung der gegen einen fremden Staat ergangenen Urteile zu sichern.

Das Übereinkommen ist in 6 Kapitel gegliedert.

In Kapitel I (Artikel 1 bis 13) sind die Fälle festgelegt, in denen ein Vertragsstaat vor den Gerichten eines anderen Staates keine Immunität beanspruchen kann. In diesem Kapitel ist der Bereich der nichthoheitlichen Betätigung eines Staates im einzelnen umschrieben. In allen anderen Fällen genießt ein Staat – vorbehaltlich der durch Artikel 24 eröffneten Möglichkeit – vor den Gerichten eines anderen Vertragsstaates Immunität.

Kapitel II (Artikel 16 bis 19) enthält Verfahrensvorschriften. Sie beziehen sich insbesondere auf die Zustellung gerichtlicher Schriftstücke, die Sicherheitsleistung sowie auf die Rechtshängigkeit.

Kapitel III (Artikel 20 bis 23) regelt das Problem der Durchsetzung von Urteilen. Nach Artikel 20 muß ein Vertragsstaat ein gegen ihn ergangenes Urteil eines Gerichts eines anderen Vertragsstaats grundsätzlich erfüllen, wenn er gemäß den Bestimmungen des Kapitels I die gerichtliche Immunität nicht beanspruchen konnte. Um die Einhaltung dieser Verpflichtung zu sichern, sieht Artikel 21 vor, daß die obsiegende Prozeßpartei befugt ist, ein Gericht des verurteilten Staates um Feststellung anzurufen, daß sich der Staat dem Urteil zu unterwerfen habe. Diese Regelung tritt an die Stelle der nach Artikel 23 des Übereinkommens ausgeschlossenen Zwangsvollstreckung in das Vermögen des verurteilten Vertragsstaates.

Kapitel IV (Artikel 24 bis 26) räumt den Vertragsstaaten die Möglichkeit ein, gegenüber dem Generalsekretär des Europarats zu erklären, daß ihre Gerichte über die Fälle der Artikel 1 bis 13 hinaus in Verfahren gegen einen anderen Vertragsstaat in demselben Ausmaß wie in Verfahren gegen Nichtvertragsstaaten entscheiden können. Die Rechtsfolgen einer solchen Erklärung sind in den Artikeln 25 und 26 näher umschrieben.

Kapitel V (Artikel 27 bis 35) umfaßt verschiedene allgemeine Bestimmungen, die u. a. den Begriff des Vertragsstaates näher festlegen (Artikel 27) und Regelungen für Bundesstaaten enthalten (Artikel 28). Sie betreffen ferner die Privilegien und Immunitäten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Aufgaben der diplomatischen Missionen und konsularischen Vertretungen (Artikel 32) und schaffen ein obligatorisches Streitschlichtungsverfahren betreffend die Auslegung und die Anwendung des Übereinkommens (Artikel 34).

Kapitel VI (Artikel 36 bis 41) enthält die Schlußbestimmungen. Diese sehen insbesondere vor, daß keine Vorbehalte zum Übereinkommen zugelassen sind (Artikel 39). Das Übereinkommen steht Nichtmitgliedstaaten des Europarats zum Beitritt offen (Artikel 37).

D.

Das Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über Staatenimmunität sieht neben den im Übereinkommen geregelten Rechtswegen wahlweise einen weiteren Rechtsweg zu einem noch zu errichtenden Europäischen Gericht für Staatenimmunität vor.

Die Bundesregierung empfiehlt, derzeit von der Ratifizierung des Zusatzprotokolls abzusehen, weil die im Übereinkommen vorgesehenen Rechtswege zum Landgericht am Sitz der Bundesregierung (Artikel 21) und – im Falle von Streitigkeiten zwischen Vertragsstaaten über Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens – zum Internationalen Gerichtshof in Den Haag (Artikel 34) zur Verwirklichung des Vertragszieles ausreichen. Der mit der Errichtung eines neuen Europäischen Gerichts verbundene Aufwand wäre daher, abgesehen von der voraussichtlich geringen Anzahl der Verfahren, nicht zu rechtfertigen.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen des Übereinkommens wird bemerkt:

Zu Artikel 1

Die Vorschrift bestimmt, wann ein Vertragsstaat im Hinblick auf seine Stellung als Verfahrensbeteiligter keine Immunität beanspruchen kann.

Die Absätze 1 und 2 beziehen sich auf die Fälle, in denen ein Vertragsstaat in einem anderen Vertragsstaat ein Gerichtsverfahren aus eigenem Antrieb anhängig macht. Nach dem Grundsatz des Absatzes 1 unterwirft ein solcher Staat sich hiermit der Gerichtsbarkeit des anderen Vertragsstaates. Dies gilt auch insoweit, als er einem von anderer Seite anhängig gemachten Verfahren als Intervenient beitritt. Allerdings muß der Beitritt freiwillig sein; das Vorliegen einer notwendigen Streitgenossenschaft beinhaltet für sich allein keinen Immunitätsverzicht, da für letzteren eine aktive Teilnahme am Verfahren vorausgesetzt wird. Hat sich ein Vertragsstaat der Gerichtsbarkeit eines anderen Staates einmal unterworfen, so gilt der Verzicht auf Immunität auch für Verfahren vor Rechtsmittelgerichten und dann, wenn ein Gericht das Verfahren mangels eigener Zuständigkeit an ein anderes Gericht desselben Staates verweist.

Nach Absatz 2 gilt die mit der Anhängigmachung eines Verfahrens oder der aktiven Teilnahme hieran verbundene Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit des Gerichtsstaates auch insoweit, als gegen den betreffenden Vertragsstaat Widerklage erhoben wird. Vorausgesetzt wird allerdings, daß die Widerklage mit der Hauptklage im Zusammenhang steht oder mit ihr ein Anspruch geltend gemacht wird, gegenüber dem ein Anspruch auf Immunität von der Gerichtsbarkeit des fremden Staates nach den Bestimmungen des Übereinkommens nicht besteht.

Nach Absatz 3 unterwirft sich auch derjenige Vertragsstaat der Gerichtsbarkeit eines anderen Vertragsstaates, der dort in einem gegen ihn anhängig gemachten Verfahren eine Widerklage erhebt. Dies gilt dann nicht nur für die Widerklage, sondern auch für die Klage selbst.

Zu Artikel 2

Nach dieser Vorschrift kann ein Vertragsstaat keine Immunität beanspruchen, wenn er sich ausdrücklich verpflichtet hat, sich der Gerichtsbarkeit eines bestimmten ausländischen Gerichts oder allgemein der Gerichtsbarkeit eines anderen Vertragsstaates zu unterwerfen, oder wenn er seine ausdrückliche Zustimmung hierfür nach Entstehen der Streitigkeit erteilt. Dabei schließt im allgemeinen die Berechtigung einer

natürlichen oder juristischen Person, im Namen eines Staates einen schriftlichen Vertrag zu schließen, die Befugnis ein, die sich aus dem Vertrag ergebenden Streitigkeiten durch Vereinbarung mit dem fremden Staat einer ausländischen Gerichtsbarkeit zu unterwerfen.

Durch das Erfordernis der Schriftform in Buchstabe b wird eine stillschweigende Unterwerfung ausgeschlossen, die etwa darin gesehen werden könnte, daß ein Staat eine entsprechende Klausel in einer Rechnung zur Kenntnis nimmt. Auch die Bezeichnung des anwendbaren Rechts als solche begründet noch keine Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit des Staates, dessen Recht angewendet werden soll.

Zu Artikel 3

Diese Vorschrift regelt im einzelnen, inwieweit das prozessuale Verhalten eines Staates in einem anhängigen Rechtsstreit als Verzicht auf seine Immunität angesehen werden kann.

Zu Artikel 4

Nach dem Grundsatz des Absatzes 1 kann ein Vertragsstaat vor den Gerichten eines anderen Vertragsstaates Immunität dann nicht beanspruchen, wenn das Verfahren eine von dem Staat in einem privat- oder öffentlich-rechtlichen Vertrag eingegangene Verpflichtung betrifft und diese im Gerichtsstaat zu erfüllen ist oder zu erfüllen war. Dies gilt – etwa bei einem Kaufvertrag – auch dann, wenn der ausländische Vertragsstaat die gekauften Gegenstände in Erfüllung hoheitlicher Aufgaben – etwa im Zusammenhang mit dem Betrieb seiner diplomatischen Vertretung – verwenden will. Enthält ein Vertrag mehrere Verpflichtungen, so kann die Immunität vor den Gerichten des Vertragsstaates nicht geltend gemacht werden, in dem diejenige Verpflichtung zu erfüllen ist, auf die sich die Streitigkeit bezieht.

Da das Übereinkommen die Rechtsstellung von Privatpersonen in ihren Beziehungen mit Staaten verbessern soll, ist Artikel 4 nicht anzuwenden, wenn der Vertrag zwischen Staaten abgeschlossen worden ist (Absatz 2 Buchstabe a).

Absatz 2 Buchstabe b sieht die Möglichkeit einer von der Regelung des Absatzes 1 abweichenden Vereinbarung der Vertragsparteien vor, die der Schriftform bedarf. Ein bestimmter Inhalt für diese Vereinbarung ist nicht vorgesehen. Sie kann etwa dahin lauten, daß der Staat Anspruch auf Immunität haben oder Artikel 4 Abs. 1 keine Anwendung finden soll. Die Vertragsparteien können aber auch festlegen, daß ein anderes Gericht als das des Erfüllungsorts zuständig sein soll oder daß die Streitigkeiten einem Schiedsverfahren unterworfen werden sollen.

Da Artikel 4 nur Verträge erfassen will, an denen Staaten wie andere natürliche oder juristische Personen beteiligt sind, werden durch Buchstabe c auch solche Verträge ausgenommen, die als öffentlich-rechtliche Verträge besonderen Regeln des Verwaltungsrechts unterliegen.

Zu Artikel 5

Artikel 5 sieht eine Sonderregelung für Arbeitsverträge zwischen einem Staat und einer natürlichen Person vor, wenn die Arbeit im Gerichtsstaat zu leisten ist. Nach dem Grundsatz des Absatzes 1 kann der Arbeitgeberstaat oder eine gleichgestellte Partei in diesen Fällen keine Immunität von der Gerichtsbarkeit des fremden Staates beanspruchen. Dem Arbeitnehmer soll damit ein leichterer Zugang zum Gericht ermöglicht werden.

Absatz 2 enthält drei Ausnahmen von dem Grundsatz des Absatzes 1. Wenn der Arbeitnehmer die Staatsangehörigkeit des Arbeitgeberstaates besitzt (Buchstabe a) oder wenn er im Zeitpunkt des Vertragsschlusses weder Angehöriger des Gerichtsstaates war noch im Gerichtsstaat seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte (Buchstabe b), können seine Beziehungen zum Arbeitgeberstaat in der Regel als enger gegenüber den Beziehungen zum Gerichtsstaat angesehen werden. Die Immunität wird daher in diesen Fällen „wiederhergestellt". Absatz 2 Buchstabe c gibt einem Vertragsstaat die Möglichkeit, sich auf seine Immunität zu berufen, wenn der Arbeitsvertrag eine schriftliche Klausel enthält, in der die Regelung von Streitigkeiten durch ein anderes Gericht als das des Staates des angerufenen Gerichts vorgesehen ist (Prorogation), beispielsweise durch ein Gericht des Arbeitgeberstaates oder durch ein Schiedsgericht.

Artikel 5 betrifft auch Verträge, die Arbeiten für ein Büro, eine Agentur oder eine sonstige Niederlassung im Sinne des Artikels 7 zum Gegenstand haben. In diesen Fällen kann Immunität nur dann beansprucht werden, wenn die natürliche Person im Zeitpunkt des Vertragsschlusses tatsächlich ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet des als Arbeitgeber auftretenden Staates hatte (Absatz 3).

Die Anwendung des Artikels 5 in der Bundesrepublik Deutschland würde bedeuten, daß eine Immunität des ausländischen Arbeitgeberstaates in weitergehendem Umfang als nach der bisherigen Rechtslage gegeben wäre. Der Eintritt dieser Rechtsfolge wird jedoch dadurch verhindert, daß die Bundesrepublik beabsichtigt, gemäß Artikel 24 gegenüber dem Generalsekretär des Europarats die Erklärung abzugeben, daß die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland über die Fälle der Artikel 1 bis 13 hinaus die Entscheidungsbefugnis in Verfahren gegen einen anderen Vertragsstaat künftig auch weiterhin in demselben Ausmaß für sich in Anspruch nehmen werden wie in Verfahren gegen Nichtvertragsstaaten. Damit soll vor allem vermieden werden, daß die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland durch Artikel 5 Abs. 2 an der Entscheidung von arbeitsrechtlichen Streitigkeiten gehindert sein könnten, für die sie bisher die Gerichtsbarkeit innehatten.

Zu Artikel 6

In Absatz 1 wird die Immunität für die Fälle aufgehoben, in denen ein Vertragsstaat gemeinsam mit einer oder mehreren Privatpersonen an einer Gesellschaft, Vereinigung oder juristischen Person beteiligt ist, die ihren tatsächlichen oder satzungsmäßigen Sitz oder ihre Hauptniederlassung im Gerichtsstaat hat, und wenn das Verfahren Beziehungen betrifft, die sich aus diesem Beteiligungsverhältnis ergeben. Die Vorschrift kommt also nur dann zur Anwendung, wenn es um die Rechte und Pflichten der Mitglieder der Vereinigung untereinander, nicht dagegen, wenn es um die Position des Staates als Mitgläubiger oder Mitschuldner der Vereinigung gegenüber Dritten geht (den letzteren Fall regelt Arti-

kel 4). Dabei spielt es keine Rolle, ob die Vereinigung eigene Rechtspersönlichkeit besitzt oder nicht. Ohne Bedeutung ist auch, ob die Tätigkeit der Vereinigung auf Gewinnerzielung gerichtet ist.

Die notwendige Verknüpfung zwischen Gerichtsstaat und Gesellschaft, Vereinigung oder juristischer Person, an der sich der Staat beteiligt, wird durch den tatsächlichen oder satzungsmäßigen Sitz oder die Hauptniederlassung der Körperschaft hergestellt; dies setzt im allgemeinen voraus, daß die Körperschaft im Gerichtsstaat geleitet wird, förmlich errichtet bzw. eingetragen ist oder den größten Teil ihrer Geschäfte dort abwickelt.

Absatz 1 ist kein zwingendes Recht, sondern nach Absatz 2 abdingbar.

Zu Artikel 7

Die in Artikel 7 genannten Betätigungen – gewerbliche, kaufmännische oder finanzielle Tätigkeiten – sind an sich rein privatrechtlicher Natur. Man könnte daraus schließen, daß insoweit keine Immunität beansprucht werden kann. Aus Absatz 1 folgt jedoch, daß die Immunität eines Staates nicht von vornherein für jede gewerbliche, kaufmännische oder finanzielle Tätigkeit im Gerichtsstaat aufgehoben ist. Diese Bestimmung schließt die Immunität vielmehr nur aus, soweit ein Staat entsprechende Tätigkeiten durch ein Büro, eine Agentur oder eine Niederlassung, die im Gerichtsstaat belegen ist, ausübt. Dieser Anknüpfungspunkt soll sicherstellen, daß eine für die Begründung der Gerichtsbarkeit ausreichende Verbindung zwischen dem Gerichtsstaat und der wirtschaftlichen Tätigkeit des beklagten Staates besteht. Die so erfolgte Einengung des Geltungsbereichs des Artikels 7 wird jedoch durch Artikel 4 aufgewogen, da davon ausgegangen werden kann, daß die meisten gewerblichen, kaufmännischen oder finanziellen Tätigkeiten, die ein Staat auf andere Weise als durch ein Büro, eine Agentur oder sonstige Niederlassung ausübt, zu vertraglichen Verpflichtungen führen, die unter den Geltungsbereich von Artikel 4 fallen.

Die Frage, ob der Staat die dem Rechtsstreit zugrundeliegende Tätigkeit „wie eine Privatperson" ausgeübt hat, ist abstrakt zu beantworten, also unabhängig davon, ob etwa das Recht des Gerichtsstaats oder dasjenige des beklagten Staats einer Privatperson die Ausübung dieser Tätigkeit untersagt, die Tätigkeit nur bestimmten Personengruppen erlaubt oder besondere Vorschriften hinsichtlich der Ausübung der Tätigkeit durch den Staat enthält. Nimmt ein staatliches Unternehmen oder ein staatlicher Regiebetrieb am Wirtschaftsleben wie ein privates Unternehmen teil und arbeitet mit Gewinnabsicht, so wird ein solches Unternehmen regelmäßig keine Immunität genießen; hingegen kann sich eine Noten- oder Rentenbank dann auf die staatliche Immunität berufen, wenn deren Geschäftstätigkeit der Verfolgung staatlicher Ziele, beispielsweise auf dem Gebiet der Währungspolitik, dient.

Zu Artikel 8

Artikel 8 geht von der Überlegung aus, daß ein Vertragsstaat durch Anmeldung oder Erwerb von Schutzrechten des gewerblichen Rechtsschutzes im Gerichtsstaat am allgemeinen Wirtschaftsverkehr dieses Staates teilnimmt und keine weitergehende Rechtsstellung erlangen kann als jeder andere Schutzrechtsinhaber (-anmelder) auch. Die Bestimmung stellt demgemäß sicher, daß für alle gerichtlichen Verfahren, die sich auf solche Schutzrechte oder Schutzrechtsanmeldungen beziehen (z. B. für Löschungsklagen nach dem Warenzeichengesetz, Nichtigkeits- und Zwangslizenzverfahren nach dem Patentgesetz oder dem Sortenschutzgesetz), die Inanspruchnahme der Staatenimmunität durch den Schutzrechtsinhaber ausgeschlossen ist.

Der Ausschluß der Staatenimmunität gilt ferner auch für alle Verfahren, in denen ein Vertragsstaat wegen angeblicher Verletzung eines Schutzrechts im Gerichtsstaat z. B. auf Unterlassung, Rechnungslegung, Schadenersatz u. dgl. in Anspruch genommen wird.

Die gesonderte Regelung in Buchstabe d hinsichtlich des Rechts zum Gebrauch einer Firma ist darauf zurückzuführen, daß bei den Verhandlungen bezweifelt wurde, ob die Firma schon von dem Ausdruck „anderes gleichartiges Recht" in Buchstabe a erfaßt wird. Mit der Regelung in Buchstabe d werden solche Zweifel ausgeräumt. Der Begriff „Firma" ist weit auszulegen und erfaßt alle Formen des Handelsnamens, wie z. B. neben der Firma auch die Unternehmensbezeichnungen im Sinne des § 16 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. Dies ergibt sich insbesondere aus der weiteren Fassung des französischen und englischen Originals des Übereinkommens („nom commercial", „trade name"). Auch der Ausdruck „Recht zum Gebrauch" einer Firma ist weit auszulegen und soll alle möglichen Formen des Schutzes erfassen, einschließlich Streitigkeiten über die Eintragung einer Firma.

Zu Artikel 9

Artikel 9 schließt die Staatenimmunität für bestimmte dingliche Klagen aus, die gegen den Staat als Eigentümer, Nutznießer oder Besitzer eines Grundstücks gerichtet sind, sofern dieses im Gerichtsstaat belegen ist.

Artikel 9 ist weit auszulegen und erfaßt insbesondere

- Klagen, die unmittelbar das Eigentum, ein sonstiges dingliches Recht (insbesondere Dienstbarkeiten einschließlich Nießbrauch) oder den Besitz an dem Grundstück zum Gegenstand haben;
- Klagen wegen Immissionen, Besitzstörungen oder sonstigen Beeinträchtigungen, die von dem Grundstück im Eigentum oder Besitz des ausländischen Staates ausgehen;
- Klagen auf Ersatz von Schäden, für die der Staat in seiner Eigenschaft als Eigentümer oder Besitzer eines Grundstücks haftet, etwa wegen herabstürzender Gebäudeteile oder wegen Nichtstreuens bei Glatteis;
- Streitigkeiten über das Recht zum Besitz eines Grundstücks einschließlich der Herausgabe oder Räumung;
- Klagen auf Miet- oder Pachtzinszahlungen.

Öffentlich-rechtliche Abgaben oder Gebühren, die vom Grundstückseigentümer oder -besitzer zu zahlen sind, werden von Artikel 9 nicht erfaßt.

Zu Artikel 10

Diese Vorschrift bezieht sich auf Streitigkeiten über Rechte an Vermögen, das aus einer Erbschaft oder

Schenkung herrührt oder herrenlos ist. Artikel 10 weist insoweit eine Besonderheit auf, als er keine weiteren Anknüpfungspunkte vorsieht, sei es um die zuständige Gerichtsbarkeit festzulegen, sei es um das anwendbare Recht zu bestimmen. Dies ist eine Folge der auf diesem Gebiet des Internationalen Privatrechts bestehenden erheblichen Unterschiede in den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten des Europarats. In Artikel 20 Abs. 3 des Übereinkommens mußte deshalb eine Sonderregelung hinsichtlich der Verpflichtung eines Staates eingeführt werden, sich einem insoweit gegen ihn gefällten Urteil zu unterwerfen.

Zu Artikel 11

Für Verfahren auf Ersatz von Personen- oder Sachschäden bestimmt Artikel 11, daß die Immunität von der Gerichtsbarkeit nicht beansprucht werden kann, wenn das schädigende Ereignis im Gerichtsstaat eingetreten ist und der Schädiger sich dabei in diesem Staat aufgehalten hat. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Kläger den Ersatzanspruch aus Vertragsbeziehungen ableitet oder aus außervertraglicher Haftung. Praktische Bedeutung hat diese Bestimmung vor allem für Personen- und Sachschäden, die durch Dienstfahrzeuge ausländischer Vertretungen verursacht werden, wobei es für die Inanspruchnahme des ausländischen Vertragsstaats als Kraftfahrzeughalter nach Artikel 11 nicht darauf ankommt, ob eine Dienstfahrt unternommen wurde oder ob sich der Unfall bei einer privaten Benutzung des Dienstwagens ereignet hat.

Artikel 11 wird ferner praktisch für Klagen auf Ersatz von Personen- oder Sachschäden aus der Verletzung von Verkehrssicherungspflichten, die dem ausländischen Vertragsstaat bei der Unterhaltung von Dienstgebäuden im Gerichtsstaat obliegen. Dies gilt nicht etwa nur dann, wenn der Hausmeister bei einer ausländischen Vertretung die Verkehrsicherungspflichten nicht ordentlich erfüllt, sondern nach dem Zweck der Bestimmung auch und erst recht dann, wenn eine für die Erfüllung der Verkehrssicherungspflichten verantwortliche Person pflichtwidrig gar nicht bestellt worden ist, so daß sie sich bei Eintritt des Schadensereignisses auch nicht im Gerichtsstaat aufhalten konnte: In solchen Fällen muß auf den fiktiven Aufenthalt abgestellt werden.

„Ersatz eines Personen- oder Sachschadens" im Sinne des Artikels 11 umfaßt sämtliche Ansprüche aus Tötung, Körperverletzung und Sachbeschädigung, insbesondere auch das Schmerzensgeld und Rentenansprüche nach § 844 Abs. 2 BGB.

Zu Artikel 12

Artikel 12 will sicherstellen, daß ein Staat, der eine privatrechtliche Schiedsvereinbarung getroffen hat, sich den Verfahren vor staatlichen Gerichten, welche der Durchsetzung der Schiedsvereinbarung, der Bestellung von Ersatzschiedsrichtern, der ordnungsgemäßen Durchführung des schiedsrichterlichen Verfahrens und der Kontrolle des Schiedsgerichts dienen, nicht durch die Berufung auf seine Immunität entziehen kann. Die Kriterien für die Verknüpfung mit dem Gerichtsstaat sind alternativ so gewählt, daß sowohl der Theorie, nach welcher der Ort des schiedsrichterlichen Verfahrens maßgebend ist, als auch der sogenannten prozessualen Theorie des internationalen Schiedsspruchs (maßgebend ist das auf das schiedsrichterliche Verfahren angewandte Recht) Rechnung getragen wird.

Buchstabe b betrifft vor allem die Maßnahmen zur Einleitung des Schiedsverfahrens, etwa die Bestellung der Schiedsrichter, aber auch andere in der Rechtsordnung des Gerichtsstaats vorgesehene gerichtliche Maßnahmen im Verlauf des Schiedsverfahrens. Verfahren zur Vollstreckung von Schiedssprüchen fallen nicht unter das Übereinkommen, Artikel 20 findet daher keine Anwendung.

Zu Artikel 13

Diese Vorschrift verdeutlicht den in Artikel 1 Abs. 1 des Übereinkommens festgeschriebenen Grundsatz, wonach ein Vertragsstaat seine Immunität so lange behält, wie er nicht vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats ein Verfahren anhängig macht oder einem solchen als Intervenient beitritt. Artikel 13 betrifft die Sonderfälle, in denen es nach den Rechtsordnungen verschiedener Vertragsstaaten möglich ist, Rechte an Sachen oder Rechten, die den Verfahrensgegenstand bilden, geltend zu machen oder in einem Verfahren Erklärungen in bezug auf diese abzugeben, ohne als Partei oder Intervenient aufzutreten; Artikel 13 stellt klar, daß ein Vertragsstaat in diesen Fällen seine Immunität behält.

Nach deutschem Recht ist das prozessual wirksame Geltendmachen derartiger Ansprüche nicht möglich, ohne Partei oder Intervenient zu werden. Artikel 13 ist deshalb für das deutsche Zivilverfahren nicht relevant.

Zu Artikel 14

Diese Vorschrift soll verhindern, daß die Staatenimmunität die gerichtliche Verwaltung von Vermögen beeinträchtigt. Konkursmasse und Treuhandvermögen sind nur als Beispielsfälle für den Anwendungsbereich des Artikels 14 genannt, der auch das gerichtliche Vergleichsverfahren und andere Fälle gerichtlicher Verwaltung von Vermögenswerten, etwa die Nachlaßverwaltung, erfaßt. Artikel 14 gilt unabhängig davon, ob das Gericht das Vermögen selbst verwaltet oder nur für die Verwaltung sorgt oder sie beaufsichtigt.

Zu Artikel 15

Aus Artikel 15 ergibt sich, daß ein Staat grundsätzlich Immunität genießt, es sei denn, es läge einer der in den Artikeln 1 bis 13 genannten Fälle vor; dies gilt auch dann, wenn der Verfahrensgegenstand nicht dem hoheitsrechtlichen, sondern dem privatrechtlichen Handlungsbereich zuzuordnen ist. Dieser Grundsatz wird allerdings durch Artikel 24 relativiert: Artikel 24 gibt jedem Vertragsstaat die Möglichkeit, durch eine einseitige Erklärung seine Gerichte in die Lage zu versetzen, über die Fälle der Artikel 1 bis 13 hinaus Verfahren gegen Vertragsstaaten durchzuführen (vgl. im einzelnen die Erläuterungen zu Artikel 24).

Die Immunität des ausländischen Staates ist von Amts wegen zu berücksichtigen, wenn dieser sich nicht auf das Verfahren einläßt. Läßt sich der Staat auf das Verfahren zur Sache ein, ohne Immunität zu beanspruchen, so liegt darin ein stillschweigender Verzicht auf das Vorrecht der Immunität (Artikel 3). In diesem Fall kann das Klageverfahren – vorausgesetzt die internationale Zuständigkeit des Gerichts ist gegeben – durchgeführt

werden. Das gilt selbst dann, wenn Gegenstand des Verfahrens eine hoheitliche Tätigkeit des ausländischen Staates ist.

Zu Artikel 16

Auf Grund der Unterschiede in den Rechtsordnungen der Vertragsstaaten können sich Zweifelsfragen bei Zustellungen in Gerichtsverfahren gegen ausländische Staaten ergeben. Artikel 16 Abs. 2 und 3 bestimmen daher, daß abweichend von den einschlägigen Bestimmungen sonst anzuwendender Rechtshilfeverträge bestimmte Schriftstücke auf diplomatischem Weg übermittelt werden und daß die Zustellung dann als bewirkt gilt, wenn diese Schriftstücke beim Außenministerium des beklagten Staates eingegangen sind. Das Außenministerium ist dabei zur Entgegennahme der Schriftstücke auch dann verpflichtet, wenn es der Ansicht ist, das befaßte Gericht sei nicht zuständig oder der beklagte Staat könne Immunität geltend machen. Andererseits bedeutet die Entgegennahme der zuzustellenden Schriftstücke durch das Außenministerium nicht, daß sich der beklagte Staat der Gerichtsbarkeit des befaßten Gerichts unterwirft und auf die Immunität verzichtet. Dem Außenministerium steht durch eine Verlängerung der Einlassungs-, Rechtsmittel- und sonstigen Fristen um zwei Monate (Absätze 4 und 5) ein angemessener Zeitraum zur Verfügung, um die zur Vertretung des Staates in dem Verfahren berufene Behörde zu ermitteln und dieser die Schriftstücke zuzuleiten. Kann das Außenministerium innerhalb der Frist von zwei Monaten die zuständige Behörde nicht ermitteln, so muß es selbst vor dem ausländischen Gericht erscheinen, um den Erlaß eines Versäumnisurteils abzuwenden. Dabei wird das Außenministerium nähere Erläuterungen verlangen können, um die Feststellung der zuständigen Behörde zu ermöglichen.

Die verfahrensrechtlichen Begriffe, auf die Artikel 16 Bezug nimmt, sind nach dem für den Gerichtsstaat maßgeblichen Verfahrensrecht auszulegen; die Anwendbarkeit des Artikels 16 Abs. 2 auf Schriftstücke, die ein Berufungs- oder Revisionsverfahren einleiten, hängt daher von der lex fori ab.

Absatz 5 berücksichtigt die Besonderheiten bestimmter Rechtssysteme einiger Mitgliedstaaten des Europarats.

Absatz 6 betrifft nur die Art der Zustellung und hindert einen Staat nicht daran, im Verfahren aufzutreten und geltend zu machen, die in den Absätzen 4 und 5 vorgesehenen Fristen seien nicht gewahrt worden. Ein Verzicht auf alle Einwendungen gegen die Art der Zustellung ist auch dann gegeben, wenn der ausländische Staat sich auf das Verfahren nur einläßt, um seine Immunität geltend zu machen. Geheilt wird auch der Mangel, daß die Klage ohne Einschaltung des Außenministeriums an eine juristisch selbständige staatliche Institution auf dem allgemeinen Weg zugestellt wird, diese Institution die Schriftstücke an die zuständige Behörde weitergeleitet hat und diese dann den Staat im Termin vertritt.

Die Absätze 6 und 7 sind besonders wichtig, wenn sie in Verbindung mit Artikel 20 Abs. 2 Buchstabe d ausgelegt werden.

Zu Artikel 17

Diese Vorschrift entspricht Artikel 17 des Haager Übereinkommens über den Zivilprozeß vom 1. März 1954 (BGBl. 1958 II S. 576), der nur die als Kläger auftretenden Angehörigen der Vertragsstaaten von der Sicherheitsleistung für Prozeßkosten befreit, nicht aber ausdrücklich den als Prozeßpartei auftretenden Staat selbst. Satz 2 bestimmt, daß der als Kläger oder Streithelfer auftretende Staat die ihm im Gerichtsstaat aufgrund seines Unterliegens im Rechtsstreit auferlegten Kosten zu zahlen hat. Die Zahlung dieser Kosten kann nicht aus den in Artikel 20 Abs. 2 und 3 genannten Gründen verweigert werden; die Verpflichtung zur Zahlung der Kosten unterliegt auch nicht dem Kontrollverfahren nach Artikel 21. Artikel 23 und Artikel 26 sind jedoch anwendbar.

Zu Artikel 18

Nach dieser Vorschrift können gegen einen Vertragsstaat als Partei eines Gerichtsverfahrens keine Zwangs- oder Strafmaßnahmen verhängt werden, wenn dieser es ablehnt oder unterläßt, Beweismittel beizubringen (contempt of court). Die Verfahrensvorschriften, die es dem Gericht gestatten, daraus Schlüsse zu ziehen, bleiben dadurch unberührt.

Zu Artikel 19

Artikel 19 regelt den Fall, daß die Streitsache bereits anderweitig – das heißt vor einem anderen Gericht innerhalb des Gerichtsstaats oder vor einem Gericht eines anderen Vertragsstaats – anhängig ist. Um ein Nebeneinander von Verfahren über dieselbe Sache und Konflikte zwischen Urteilen zu vermeiden, muß das zeitliche später angerufene Gericht zurückstehen und die Klage wegen der anderweitigen Rechtshängigkeit abweisen oder das Verfahren aussetzen. Dabei soll durch die in Absatz 1 Buchstabe b vorgesehene Regelung insbesondere vermieden werden, daß ein beklagter Staat vor seinen eigenen Gerichten ein Verfahren mit dem Ziel einleitet, sich auf Artikel 20 Abs. 2 Buchstaben b oder c zu berufen und sich der Verpflichtung zu entziehen, der ausländischen Entscheidung zu entsprechen. Inhaltlich entspricht Artikel 19 den in anderen mehrseitigen Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen getroffenen Regelungen (vgl. u. a. Artikel 21 bis 23 des Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968, BGBl. 1972 II S. 773).

Da die Wirkungen der Rechtshängigkeit nach deutschem Verfahrensrecht (§ 261 ZPO) im Inland jedenfalls dann eintreten, wenn die Klage vor einem Gericht eines der anderen Vertragsstaaten erhoben worden und ein anzuerkennendes Urteil zu erwarten ist (§ 328 ZPO), ist nicht beabsichtigt, eine Erklärung gemäß Artikel 19 Abs. 2 dahin abzugeben, daß die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland an Artikel 19 Abs. 1 nicht gebunden sind.

Zu Artikel 20

Ein Vertragsstaat ist unter den in Artikel 20 festgesetzten Bindungen verpflichtet, ein gegen ihn in einem anderen Vertragsstaat ergangenes Gerichtsurteil zu erfüllen. Das Übereinkommen sieht vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 26 weder die Anerkennung noch die Vollstreckung gerichtlicher Urteile im technischen Sinne vor (vgl. Artikel 23), sondern gibt dem Staat auf,

der gegen ihn ergangenen Entscheidung loyal und gutwillig zu entsprechen. Die sich aus dem Übereinkommen ergebende Rechtspflicht zur Erfüllung bezieht sich sowohl auf Leistungsurteile, bei denen der Staat dem Leistungsbefehl des Urteils nachzukommen hat, als auch auf Gestaltungs- und Feststellungsurteile. Sie kann aber auch bedeuten, daß ein Staat die Abweisung einer im Ausland anhängig gemachten Klage hinnimmt und folglich davon absieht, auf Grund desselben Sachverhalts ein weiteres Verfahren vor einem eigenen Gericht oder dem Gericht eines dritten Staates anzustrengen.

Die Gründe, die es einem Staat erlauben, die Erfüllung eines gegen ihn ergangenen Urteils abzulehnen, sind in den Absätzen 2 und 3 aufgeführt; diese sind: offensichtlicher Verstoß gegen den ordre public, Einwand der Rechtshängigkeit (entsprechend Artikel 19) oder der res judicata, Verletzung der Verteidigungsrechte und fehlerhafte Ladung.

Absatz 3 gibt dem verurteilten Staat für die in Artikel 10 bezeichneten Fälle zwei zusätzliche Gründe, ein gegen ihn ergangenes Urteil nicht zu erfüllen. Dadurch wird dem Umstand Rechnung getragen, daß Artikel 10 keine weiteren Anknüpfungspunkte hinsichtlich der zuständigen Gerichtsbarkeit oder des anwendbaren Rechts vorsieht (s. oben die Anmerkungen zu Artikel 10). Nach Artikel 20 Abs. 3 Buchstabe a braucht sich der Staat einem Urteil also nicht zu unterwerfen, wenn das Gericht seine Zuständigkeit auf Vorschriften stützt, die dem Recht des verurteilten Staates fremd sind. Bei der Beurteilung dieser Frage sind allerdings die in der Anlage zu dem Übereinkommen aufgeführten „exorbitanten" Gerichtsstände nicht zu berücksichtigen. Dasselbe gilt, wenn die Gerichte des Staates, der sich dem Urteil unterwerfen soll, nach internationalem Privatrecht zu einem anderen Ergebnis in der Sache gekommen wären (Absatz 3 Buchstabe b).

Für die zugunsten eines Staates gegen Privatpersonen gefällten Entscheidungen gelten die allgemeinen Vorschriften über deren Anerkennung und Vollstreckung.

Zu Artikel 21

Kommt ein Vertragsstaat der Verpflichtung aus Artikel 20 nicht nach, eine gegen ihn ergangene Entscheidung zu erfüllen, so kann die Partei, die sich auf das Urteil beruft, vor dem zuständigen Gericht dieses Staates auf Feststellung darüber klagen, ob das Urteil erfüllt werden muß. Dieses Feststellungsverfahren kann von jeder Person, die aus dem Urteil unmittelbar Rechte für sich ableitet, von dem Zeitpunkt an eingeleitet werden, zu dem ein rechtskräftiges Urteil vorliegt. Eine Frist für die Anrufung des Gerichts ist ebensowenig wie für die Erfüllung des Urteils selbst vorgesehen.

Absatz 2 enthält die für Verträge über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Urteile übliche Regelung.

Absatz 3 soll der auf Feststellung klagenden Partei möglichst weitgehende Verfahrenserleichterungen gewähren. Die Feststellungsklage ist im streitigen Verfahren nach den Bestimmungen der Zivilprozeßordnung mit den sich aus Absatz 3 ergebenden Besonderheiten durchzuführen.

Zur Feststellung, ob die Bundesrepublik Deutschland eine ausländische Entscheidung gemäß Artikel 20 zu erfüllen hat, soll das Landgericht am Sitz der Bundesregierung ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes ausschließlich zuständig sein. Eine entsprechende Erklärung wird gegenüber dem Generalsekretär des Europarats gemäß Artikel 21 Abs. 4 abgegeben.

Zu Artikel 22

Artikel 22 trifft eine Sonderregelung für Vergleiche. Diese sind im Hinblick auf ihre Abschlußfreiheit den Einwänden des Artikels 20 entzogen (Absatz 1), während das Feststellungsverfahren nach Artikel 21 bei Vergleichen ebenfalls anwendbar ist (Absatz 2).

Zu Artikel 23

Die Frage, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen Vermögenswerte ausländischer Staaten gegen Vollstreckungsmaßnahmen geschützt sind, ist in den Mitgliedstaaten des Europarats nicht einheitlich geregelt. Einige Staaten betrachten das Verbot der Zwangsvollstreckung in Vermögenswerte eines fremden Staates als Norm des Völkerrechts, in anderen Staaten ist die Zwangsvollstreckung in Vermögenswerte ausländischer Staaten unter bestimmten Voraussetzungen zulässig. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, andererseits auch die Rechte einzelner in ihren Beziehungen zu Staaten weitgehend zu schützen, ist die Verpflichtung der Staaten, sich einem Urteil zu unterwerfen (Artikel 20), mit der Bestimmung verknüpft worden (Artikel 23), daß in einem Vertragsstaat weder die Zwangsvollstreckung noch Zwangsmaßnahmen zur Sicherung einer künftigen Zwangsvollstreckung gegen das Vermögen eines anderen Vertragsstaats zulässig sind, es sei denn, der Staat hat dem ausdrücklich zugestimmt. Dabei macht es keinen Unterschied, ob das Vermögen hoheitlichen Zwecken gewidmet oder für privatwirtschaftliche Geschäfte des Staates bestimmt ist.

Die Regelung des Artikels 23 schränkt den Rechtsschutz gegenüber ausländischen Staaten in gewissem Umfang ein. Im gesamten Bereich der acta iure gestionis kann heute vor einem deutschen Gericht gegen einen ausländischen Staat geklagt werden, vorausgesetzt, daß nach deutschem Verfahrensrecht die internationale Zuständigkeit gegeben ist; ein in einem solchen Verfahren ergangenes Urteil kann nach der heutigen Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland auch vollstreckt werden, es sei denn, daß das Vermögen des ausländischen Staates im Inland hoheitlichen Zwecken gewidmet ist. Während für das Erkenntnisverfahren nach dem Übereinkommen der bisherige Rechtszustand aufrechterhalten wird, indem die Bundesrepublik von der durch Artikel 24 gegebenen Möglichkeit Gebrauch macht (vgl. die Anmerkungen zu Artikel 24), ist dies auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung nur in begrenztem Umfang der Fall. Denn die Vollstreckbarkeit gegen einen Staat gerichteter Entscheidungen eines ausländischen Gerichts ist – vorbehaltlich des in Artikel 26 Bestimmten (vgl. Bemerkungen dort) – grundsätzlich ausgeschlossen. Die Einschränkung der Vollstreckbarkeit kann hingenommen werden, da auf Grund der engen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten des Europarats davon ausgegangen werden kann, daß sich die Vertragsstaaten einem gegen sie ergangenen Gerichtsurteil unterwerfen werden.

Zu Artikel 24

Vertragsstaaten, die wie die Bundesrepublik Deutschland der Theorie von der relativen Staatenimmunität folgen, können von der starren Regelung des Artikels 15 abweichen und gegenüber dem Generalsekretär des Europarats eine Erklärung dahin abgeben, daß ihre Gerichte befugt sind, über die Fälle der Artikel 1 bis 13 hinaus in Verfahren gegen einen anderen Vertragsstaat in demselben Ausmaß wie in Verfahren gegen Nichtvertragsstaaten zu entscheiden. Allerdings läßt diese Erklärung die Immunität von der Gerichtsbarkeit unberührt, die fremde Staaten hinsichtlich der in Ausübung der Hoheitsgewalt vorgenommenen Handlungen (acta iure imperii) genießen. Außerdem können die Gerichte eines Staates, der diese Erklärung abgegeben hat, in Verfahren außerhalb des Anwendungsbereichs der Artikel 1 bis 13 dieses Übereinkommens dann nicht entscheiden, wenn ihre Gerichtsbarkeit allein auf einer der sogenannten exorbitanten Zuständigkeiten beruht, die in der Anlage zu dem Übereinkommen aufgeführt sind. Das Vollstreckungsverbot des Artikels 23 gilt – mit der Einschränkung nach Artikel 26 – auch in dem gemäß Artikel 24 ausgeweiteten Bereich.

Es ist beabsichtigt, für die Bundesrepublik Deutschland eine entsprechende Erklärung abzugeben. Die wesentliche Bedeutung des Übereinkommens besteht darin, die Rechtsstellung von Privatpersonen in ihren Beziehungen zu ausländischen Staaten zu verbessern, indem eindeutig festgelegt wird, für welche Handlungen Staaten keine Immunität beanspruchen können. Das bedeutet aber nicht, daß Staaten bei allen von den Artikeln 1 bis 13 des Übereinkommens nicht erfaßten Handlungen ohne weiteres Immunität von der Gerichtsbarkeit beanspruchen können. Die Erklärung nach Artikel 24 erlaubt vielmehr den Vertragsstaaten, ihre Rechtsprechung auf der Grundlage der Theorie von der relativen Staatenimmunität fortzuentwickeln. Die von der Bundesrepublik Deutschland abzugebende Erklärung soll vor allem in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten (vgl. Artikel 5) die bisherige Entscheidungsbefugnis der Gerichte der Bundesrepublik gegenüber ausländischen Staaten in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber in demselben Ausmaß wie bisher erhalten.

Zu Artikel 25

Diese Vorschrift setzt die Bedingungen fest, unter denen Staaten, die eine Erklärung nach Artikel 24 abgegeben haben, sich in anderen als den in den Artikeln 1 bis 13 des Übereinkommens genannten Fällen einem gegen sie ergangenen Urteil zu unterwerfen haben. Danach muß das ausländische Urteil formell rechtskräftig sein (Artikel 20 Abs. 1 Buchstabe b) und das Gericht zuständig gewesen sein. Als zuständig in diesem Sinne ist ein Gericht dann anzusehen (Artikel 25 Abs. 2), wenn zwischen Gerichtsstaat und beklagtem Staat eine Vereinbarung besteht, welche die gegenseitige Anerkennung bestimmter Gründe für die Rechtsprechungsbefugnis vorsieht (Absatz 3 Buchstabe a), oder wenn bei Fehlen einer solchen Vereinbarung das Gericht auch dann zuständig gewesen wäre, wenn es die im beklagten Staat geltenden Zuständigkeitsregeln – mit Ausnahme der in der Anlage zu dem Übereinkommen genannten – entsprechend angewandt hätte (Absatz 3 Buchstabe b). Letzteres gilt allerdings nicht für den Bereich des Vertragsrechts (Absatz 3 Buchstabe b letzter Satz); hier findet Artikel 4 des Übereinkommens Anwendung.

Gemäß Artikel 25 Abs. 2 ist ein Vertragsstaat jedoch dann nicht verpflichtet, die Entscheidung eines Gerichts eines anderen Vertragsstaats, die aufgrund einer Erklärung nach Artikel 24 ergangen ist, zu erfüllen, wenn einer der Ablehnungsgründe des Artikels 20 Abs. 2 vorliegt oder die Zuständigkeit des Gerichts nur auf einem oder mehreren der in der Anlage zu diesem Übereinkommen bezeichneten Gründe beruht, es sei denn, der beklagte Vertragsstaat hat sich zur Hauptsache eingelassen, ohne die Einrede der mangelnden Zuständigkeit des Gerichts erhoben zu haben.

Absatz 4 gibt den Vertragsstaaten die Möglichkeit, in einer Zusatzvereinbarung zu dem Übereinkommen über das Zuständigkeitserfordernis im Sinne des Absatzes 1 Buchstabe b nähere Festlegungen zu treffen.

Absatz 5 stellt klar, daß von dem in Artikel 21 vorgesehenen Feststellungsverfahren auch in den Fällen Gebrauch gemacht werden kann, in denen Entscheidungen aufgrund des Artikels 24 ergangen sind.

Zu Artikel 26

Artikel 26 stellt eine Ausnahmeregelung zu Artikel 23 dar. Unter bestimmten Voraussetzungen können im Gerichtsstaat Vollstreckungsmaßnahmen gegen ausschließlich für eine gewerbliche oder kaufmännische Tätigkeit verwendete Vermögenswerte fremder Staaten ergriffen werden, wenn sich das Verfahren auf eine solche Tätigkeit des fremden Staates bezieht und beide Staaten die Erklärung nach Artikel 24 abgegeben haben. Insoweit können auch Maßnahmen zur Sicherung einer späteren Zwangsvollstreckung ergriffen werden.

Zu Artikel 27

Artikel 27, der den persönlichen Geltungsbereich des Übereinkommens behandelt, gibt keine positive Begriffsbestimmung des „Vertragsstaats", sondern bestimmt negativ, daß Einrichtungen eines Vertragsstaats, die selbständig neben dessen Verwaltungsorganen bestehen und selbständig klagen oder verklagt werden können, selbst dann nicht als Vertragsstaaten angesehen werden, wenn sie mit hoheitlichen Aufgaben betraut sind. Solche Rechtsträger können insbesondere Gebietskörperschaften – vorbehaltlich der Klausel in Artikel 28 –, Notenbanken, Bahn- und Postverwaltung u. a. sein oder auch Zweckverbände ohne bestimmte territoriale Beziehung (öffentlich-rechtliche Körperschaften oder Stiftungen). Jedoch räumt Absatz 2 solchen Einrichtungen für ihr hoheitliches Handeln eine Immunität ratione materiae ein, indem bestimmt wird, daß sie dann nicht vor dem Gericht eines anderen Vertragsstaats wie eine Privatperson in Anspruch genommen werden können, wenn sie in Ausübung einer ihr zustehenden Hoheitsgewalt gehandelt haben. Artikel 27 Abs. 2, 2. Halbsatz ist auf Sicherungs- und Zwangsvollstreckungsverfahren entsprechend anzuwenden, da der Immunitätsschutz in diesen Verfahren nicht geringer sein kann als im Erkenntnisverfahren. Absatz 3 stellt klar, daß eine Körperschaft keine günstigere Behandlung erfahren kann als ein Vertragsstaat.

Zu Artikel 28

Gliedstaaten eines Bundesstaates genießen nach dem Übereinkommen grundsätzlich keine Immunität. Da sie jedoch in eigener Zuständigkeit eine Vielzahl von Aufgaben erfüllen, die in Einzelstaaten entweder von der Zentralregierung selbst oder von den ihr unterstellten Behörden wahrgenommen werden, kann gemäß Absatz 2 gegenüber dem Generalsekretär des Europarats eine Erklärung dahin abgegeben werden, daß für die Zwecke des Übereinkommens Gliedstaaten eines Bundesstaates dieselben Rechte und Pflichten haben sollen wie ein Vertragsstaat.

Die Bundesrepublik Deutschland als Bundesstaat wird – ebenso wie dies die Republik Österreich getan hat – eine solche Erklärung abgeben.

Zu den Artikeln 29 bis 32

Diese Bestimmungen präzisieren den Anwendungsbereich des Übereinkommens.

Das Übereinkommen findet im wesentlichen auf zivilrechtliche Streitigkeiten zwischen Privatpersonen und fremden Staaten Anwendung. Verfahren, welche die in Artikel 29 genannten Bereiche betreffen, sind vom Anwendungsbereich des Übereinkommens ausgeschlossen.

Artikel 30 schließt solche Verfahren aus, die vom Brüsseler Abkommen vom 10. April 1926 zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Immunitäten der Staatsschiffe (RGBl. 1927 II S. 483) und dessen Zusatzprotokoll vom 24. Mai 1934 (RGBl. 1936 II S. 303) erfaßt werden.

Artikel 31 stellt klar, daß das Übereinkommen nicht zur Lösung von Fragen herangezogen werden kann, die sich zwischen Staaten aus der Stationierung von Truppen ergeben können. Im allgemeinen sind hierfür Sondervereinbarungen getroffen.

Artikel 32 stellt klar, daß im Falle eines Widerspruchs zwischen dem vorliegenden Übereinkommen und den Bestimmungen der Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen (BGBl. 1964 II S. 957, 1005 und 1018) und vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (BGBl. 1969 II S. 1585, 1674, 1688) letztere den Vorrang haben. Das Übereinkommen berührt die diplomatische und konsularische Immunität weder unmittelbar noch mittelbar.

Zu Artikel 33

Artikel 33 regelt das Verhältnis zwischen dem Übereinkommen sowie zweiseitigen und anderen mehrseitigen Verträgen über den Gerichtsstand und die Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen.

Die Verfasser des Übereinkommens gingen davon aus, daß bei Verfahren, die ein Staat gegen eine Privatperson anhängig macht und bei Urteilen, die zugunsten eines Staates gegen eine Privatperson gefällt werden, die zweiseitigen und die anderen mehrseitigen Übereinkünfte für besondere Rechtsgebiete vorgehen.

Handelt es sich um ein gegen einen Staat angestrengtes Verfahren oder ein gegen einen Staat ergangenes Urteil, so gilt folgendes: Grundsätzlich geht das vorliegende Übereinkommen nach der Regel „lex specialis derogat legi generali" vor. Übereinkommen hingegen, die sich im Rahmen der Regelung spezieller Rechtsgebiete besonders, d. h. anders als in allgemeiner Form, mit der Staatenimmunität befassen, sowie Vorschriften in solchen Übereinkommen, die sich auf einen Staat als Prozeßpartei oder auf die Vollstreckung von Urteilen durch Staaten beziehen, bleiben unberührt; die entsprechenden Regelungen gehen also denen dieses Übereinkommens vor. Zu solchen Übereinkünften „für besondere Rechtsgebiete" gehört beispielsweise das Europäische Übereinkommen vom 20. April 1959 über die obligatorische Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge (BGBl. 1965 II S. 281 – Artikel 7).

Zu Artikel 34

Für Streitigkeiten zwischen Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens ist gemäß Absatz 1 der Internationale Gerichtshof in Den Haag zuständig. Diese Regelung entspricht Artikel 1 Buchstabe b des Europäischen Übereinkommens vom 29. April 1957 zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten (BGBl. 1961 II S. 81). Der Internationale Gerichtshof kann jedoch nicht wegen einer vor einem innerstaatlichen Gericht anhängigen Streitigkeit angerufen werden – sei es ein Verfahren zur Sache selbst zwischen einer Privatperson und einem Vertragsstaat (Absatz 2 Buchstabe a) oder ein Verfahren zur Feststellung der Verpflichtung, sich einem Urteil zu unterwerfen (Absatz 2 Buchstabe b) –, bevor das innerstaatliche Gericht eine rechtskräftige Entscheidung gefällt hat (vgl. die ähnliche Regelung in Artikel 29 Abs. 1 des Europäischen Übereinkommens vom 29. April 1957 zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten).

Zu Artikel 35

Das Übereinkommen ist aus Gründen der Rechtssicherheit auf solche Verfahren nicht anwendbar, die bei dessen Inkrafttreten bereits anhängig waren oder die sich auf ein vor dem 16. Mai 1972 liegendes Ereignis beziehen.

Zu den Artikeln 36 bis 41

Die Artikel 36 bis 41 enthalten die für Übereinkommen im Rahmen des Europarats üblichen Schlußklauseln. Dem Übereinkommen können unter den in Artikel 37 genannten Voraussetzungen auch Nicht-Mitgliedstaaten des Europarats beitreten. Vorbehalte zu dem Übereinkommen sind nicht zugelassen (Artikel 39).

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

1. **Zu den Eingangsworten**

   Die Eingangsworte sind wie folgt zu fassen:

   „Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:".

   Begründung

   Nach Artikel 16 Abs. 2 des Übereinkommens müssen die zuständigen Behörden des Gerichtsstaates bestimmte Unterlagen auf diplomatischem Wege dem Außenministerium des beklagten Staates übermitteln. In das Übermittlungsverfahren sind die Landesjustizverwaltungen eingeschaltet. Sie müssen die Unterlagen insbesondere prüfen und weiterleiten. Damit wird das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt. Dies löst die Zustimmungsbedürftigkeit des Ratifikationsgesetzes aus (Artikel 59 Abs. 2 i.V.m. Artikel 84 Abs. 1 GG).

2. **Zum Gesetzentwurf insgesamt**

   Nach Auffassung des Bundesrates ist eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes insoweit nicht gegeben, als das Übereinkommen die Staatenimmunität der Länder regelt. Im Hinblick auf die Lindauer Vereinbarung und mit Rücksicht darauf, daß die Länder ihr Einverständnis mit dem Übereinkommen bereits erklärt haben, erhebt der Bundesrat insoweit keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates

Zu 1.

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Zu 2.

ist eine Gegenäußerung nicht veranlaßt.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 611404 1. 86
Alleinvertrieb: Verlag Dr Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333